Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 18 | Mai 1977 | 0,80 DM/Laden 1.00 DM

Nieder mit der francoistischen Monarchie! Für eine Arbeiterregierung!

Spanien: Pulverfaß Europas

16. April - 17 Monate nach Francos Tod, acht Wochen vor den Cortes-Wahlen, bietet Spaniens politische Szenerie weiterhin ein Bild der permanenten Krise. Das bonapartistische Suarez-Regime manövriert hilflos, ohne festen politischen Kurs, zwischen den Angriffen des ultrarechten „Bunkers“, der „Alianza Populär“ Manuel Fragas auf der einen Seite und dem Ansturm der Arbeiterklasse auf der anderen Seite. Um den „reformierten“ Francoismus hoffähiger zu machen, hat Suarez die Kommunistische Partei (PCE), die treueste Unterstützerin der spanischen Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, über Ostern legalisiert - nachdem der Oberste Gerichtshof sich für „nicht zuständig“ erklärt und der Regierung wieder den Schwarzen Peter zugeschoben hatte. Um aber über seine eigentlichen Intentionen keine Zweifel aufkommen zu lassen, beantwortet das Regime jeden aktiven Widerstand der Arbeiterbewegung mit brutalem Terror; so wurden am 14. April, dem 46. Jahrestag der Ausrufung der zweiten Republik, Demonstrationen von Arbeiterorganisationen im Zentrum von Madrid mit Gummiknüppeln und Tränengas „im Keim“ (*Süddeutsche Zeitung,* 16./17. April) erstickt.

Zu den Pseudodemokratisierungsmaßnahmen zählt auch das offizielle Verbot der einzigen unter Franco zugelassenen Partei, des „Movimiento“ ... mit der „Ausnahme“ von Unterorganisationen der „Nationalen Bewegung“ wie der von der Schwester des Gründers der Falange, Antonio Primo de Rivera, geleiteten Frauenorganisation, die in der Periode seit dem Tod des Caudillos „verdienstvolle Aufgaben“ erfüllt haben. Bezeichnend ist die Tatsache, daß „die rund 50 000 beamteten Mitglieder der Bewegung... in das übrige Beamtentum übernommen werden“ (*Tagesspiegel*, 3. April) sollen. Vor zwei Wochen hat das Kabinett die spanischen Gewerkschaften „legalisiert“ — gleichzeitig jedoch bleibt die staatliche „Organisacion Sindical“ weiterhin bestehen, kassiert Pflichtbeiträge und wickelt die Tarifverträge ab. Ein im März vom spanischen Ministerrat erlassenes Dekret erlaubt Streiks, stellt jedoch eine fünftägige Vorwarnfrist zur Bedingung und verbietet politische und Solidaritätsstreiks - d. h., das Dekret hebt das Streikrecht im gleichen Atemzug wieder auf. Die gleiche Verordnung *„erleichtert* auch die *Entlassung* von Arbeitern“, berichtet die *Neue Züricher Zeitung* (20./21. März) und resümiert: „Die Rechnung ist allerdings gewissermaßen ohne den Wirt gemacht worden, das heisst ohne die *Gewerkschaften*.“ Wohl wahr: die bonapartistische Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik des Suarez-Regimes befriedigt und beruhigt weder die francoistischen Ultras, noch

Anti-AKW-„Bewegung“: Zurück zur Natur!... 12/15



.Atomkraftwerk ist Teufelswerk!“ (Brokdorf, 30. Oktober 1976)


Adolfo Suárez

verfängt sie beim spanischen Proletariat. Im Industrieviertel Madrids und anderen Städten streiken gegenwärtig ca. 100 000 Arbeiter für die sofortige Beendigung von Entlassungen und für die Auflösung des Zwangssyndikats. Die „Selbstreform" des Francoismus ist ein Schlag ins Wasser, die spanische Bourgeoisie hat kein Heilmittel gegen die sich epidemisch ausbreitenden Massenstreiks der Arbeiterklasse gefunden. In zunehmenden Maße geraten auch Teile des Kleinbürgertums in Aufwallung und schließen sich den Protestaktionen der Arbeiterbewegung an. Der PCE Santiago Carillos, der Hauptagentur des Kapitals in der Arbeiterklasse, wie auch Felipe Gonzales Sozialistischer Partei (PSOE), gelingt es nur in sehr begrenztem Maße, Spaniens Arbeiter an der Kandare zu halten. Seit Francos Tod löst eine Streikwelle die andere ab, fast jede läßt sich mit dem Superlativ „die größte seit dem Bürgerkrieg" versehen. Spanien befindet sich in einer vorrevolutionären Situation. Jeden Tag kann das Land explodieren, jeden Tag können die arbeitenden Massen den Versuch unternehmen, sich des francoistischen Plunders, der Herrschaft der Bourgeoisie, zu entledigen. Die iberische Halbinsel ist das Pulverfaß Europas.

Ein Regime ohne soziale Basis

Die bürgerliche New York Times charakterisierte die Suarez-Regierung im Februar mit folgenden Worten:

> „... Herr Suarez... hat entschieden nur ein Ziel: die Monarchie zu konsolidieren, indem er Spanien mit populären gewählten Institutionen versieht, die die meisten Leute bereit sind, als eine Demokratie zu bezeichnen" (13. Februar).

In der Tat, Suarez versucht sich in der Fortsetzung des Francoismus, garniert mit Scheinreformen. Er hält sich nur dank
der „kritischen" Unterstützung reformistischer Irreführer wie Carillo, Camacho und ihresgleichen an der Macht. Selten hat es eine Regierung mit einer solch geringen sozialen Basis gegeben wie die gegenwärtige. Sie versucht, Zeit zu gewinnen, indem sie zuerst Konzessionen gegenüber der Rechten, dem „Bunker", dann gegenüber der „Linken" Teil Unterstützung durch die extreme Rechte, jedes Zugeständnis gegenüber der Rechten führt zu wütenden, militanten Protesten des spanischen Proletariats. Klassenkämpfe erschüttern Spanien bereits die letzten anderthalb Jahrzehnte unter Francos Herrschaft; dem Francoismus nach Franco, ohne Franco, wird kein langes Leben beschieden sein. Entweder wird das revolutionäre Proletariat die bürgerliche Brut hinwegfegen, oder Spaniens Arbeiterklasse wird erneut im Blut ersäuft.

Streikwellen erschüttern Spanien

Nach dem bedingten Erfolg des Dezember-Referendums (über die Cortes-Frage) drückte Helmut Schmidt, das erste sozialdemokratische Staatsoberhaupt, das Spanien seit Ende des Bürgerkrieges besuchte, „das Vertrauen des demokratischen Europa in die Madrider Regierung" *(Le Monde,* 8. Januar) aus. Um sein Vertrauen unter Beweis zu stellen, und um dem wackligen Suarez-Regime unter die Arme zu greifen, lud er die spanische Bourgeoisie ein, sich den imperialistischen Vettern in der NATO anzuschließen und in die Europäische Gemeinschaft einzutreten.

Wesentlich für die Integration in den Club der westeuropäischen Imperialisten ist jedoch die effektive Kanalisierung der spanischen Arbeiterbewegung. Die Kampfkraft des Proletariats aber ist ungebrochen, wenngleich es auch keine revolutionäre Führung besitzt. Nach dem Tod des Generalissimo hat es fast jeden Monat massive Demonstrationen und politische Streiks gegeben. Im Dezember 1975 wurden in Madrid und Barcelona eintägige Streiks ausgerufen, die von zehntausenden von Arbeitern befolgt wurden. Im Januar 1976 wurde die Untergrundbahn der Hauptstadt zum ersten Mal in der Geschichte bestreikt und die Hauptfabriken in Madrids Industriegürtel in einer *jornada de lucha* (Kampftag) dicht gemacht. Im nächsten Monat gab es an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen Massendemonstrationen in Barcelona, die „Freiheit, Amnestie, einen autonomen Status" für die katalonische Region forderten. Im März führte die grausame Ermordung von vier Arbeitern durch die verhaßten *grises* (die grauuniformierte spanische Bereitschaftspolizei) in Vitoria zu einem Begräbniszug, an dem über 40 000 teilnahmen, und dem massivsten Generalstreik seit dem Fall der Republik, der sich auf das ganze Baskenland ausdehnte.

Im April fanden in Madrid und Barcelona blutige Strassenkämpfe zwischen Spezialeinheiten der Polizei und Linken

Fortgesetzt auf Seite 4

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 1 Berlin 15
Neue Anschrift: TLD
Postfach 11 0647
1000 Berlin 11

Bankrott des kleinbürgerlichen Terrorismus

Keine Träne für Buback

Jetzt rufen sie wieder nach dem starken Staat, nach verschärften Gesetzen, nach dem noch rascheren Ausbau des Repressionsapparates. Bundeskanzler Schmidt reiht sich - „nicht zögerlich“ - in den Chor derjenigen ein, die „innerlich“ bereit sind, „bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist“ (Der Spiegel, 19. April). Wozu er und seinesgleichen - Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberale - „äußerlich“ bereit sind, ist bekannt! „Innerlich“ war Minister Maihofer noch Mitglied der „Humanistischen Union“, als er „äußerlich“ den deutschen Wortschatz um die Vokabel „Lauschangriff“ bereicherte. Die Überwachung des Schriftverkehrs von Angeklagten selbst mit ihren Anwälten, die Einführung von Kronzeugen, die im RAF-Prozeß eine dunkle Rolle spielten, Verteidigerausschlüsse, Isolationshaft, Todesschuß, Legalisierung von Hauseinbrüchen, Demonstrationsverbote, Verschärfung des Ausländerrechts, Verbotsdrohungen gegen linke Organisationen, Berufsverbote... die Grenzen des „Rechtsstaates“ werden — „innerlich“ wie „äußerlich“ — immer dehnbarer.

Für den Generalbundesanwalt des bürgerlichen Staates haben Revolutionäre nicht eine Trauerminute und nicht eine Träne zu verlieren. Buback ist seit der von ihm angeleiteten Aktion gegen den Spiegel im Jahre 1962 als ein getreuer, reaktionärer Diener der Bourgeoisie bekannt. Im Prozeß gegen die Genossen der RAF repräsentierte er die Staatsgewalt. Er war mit verantwortlich für die grausamen Haftbedingungen der RAF-Genossen, für die Verteidigerausschlüsse und die Einführung des Kronzeugen Müller. In der Treibjagd gegen alles, was unter dem Begriff „Terrorismus“ subsumiert werden kann, nahm sein Schreibtisch einen zentralen Platz ein.

Die wirklichen Terroristen sind Buback und Konsorten. In letzter Analyse entspringt die Reaktion der RAF und ähnlicher Gruppierungen deren kleinbürgerlicher Ungeduld, ihrer Isolation, ihrer Frustration und ihrem Haß gegen den bürgerlichen Staat. Es ist kleinbürgerlicher Wahnwitz, zu glauben, durch die Beseitigung einzelner Repräsentanten der bürgerlichen Klasse das kapitalistische System auch nur im geringsten erschüttern zu können. Leninisten haben stets einen scharfen politischen Kampf gegen solche Tendenzen geführt - gleichzeitig aber versucht, durch eine scharfe politische Konfrontation die besten Elemente derer, die ihre Schläge gegen den bürgerlichen Staat richten, für das proletarische kommunistische Programm zu gewinnen.

Die TLD hat das Konzept des individuellen Terrorismus stets abgelehnt. Schon vor zwei Jahren schrieb die TLD in einer Flugschrift gegen den Polizeiterror, der der Lorenz-Entführung folgte:

> „Wir Trotzkisten halten das Konzept von Stadtguerilla-Gruppen wie der ‚Roten Armee Fraktion' oder der .Bewegung 2. Juni', die Methode des bewaffneten Kampfes isolierter kleiner Gruppen, für völlig verfehlt, aber wir sehen sehr deutlich, auf welcher Seite der Barrikade diese Genossen kämpfen, und wir sprechen dies auch aus: Es ist unsere Seite, und auf der anderen steht der gemeinsame Feind.
>
> Unsere Auseinandersetzung mit den Genossen, die aus kleinbürgerlicher Verzweiflung den falschen Weg isolierter Aktionen gegen Repräsentanten der kapitalistischen Ordnung gegangen sind, unterscheidet sich in keiner Hinsicht von unserem kompromißlosen Kampf gegen alle programmatischen Konzeptionen, die das Proletariat in die Irre führen und die teilweise viel gefährlicher, weil einflußreicher sind, als der Guerilla-Terrorismus (z. B. Reformismus und Stalinismus)“ (Extra-Blatt der Kommunistischen Korrespondenz, 19. März 1975).

Und bereits im November 1974 hatte unsere Organisation nach dem Tod von Holger Meins einen offenen Brief an die anderen linken Organisationen gesandt, in dem zur Bildung einer Aktionseinheit in Solidarität mit den Genossen der RAF aufgerufen wurde. Dasselbe haben wir jüngst nach Bekanntwerden der Stammheimer Abhöraffäre getan. Die Forderung nach sofortiger und bedingungsloser Freilassung von Baader, Ensslin und Raspe muß auch und gerade dann erhoben werden, wenn die Chance für ihre unmittelbare Durchsetzung denkbar gering ist. Die Mobilisierung der Arbeiterbewegung zur Befreiung aller gefangenen Genossen wird nur dann jemals erreicht werden, wenn die bewußtesten Elemente diese Forderung unermüdlich in die Arbeiterklasse hineintragen.

Zu einer Zeit, in der der bürgerliche Staat einen politischen Schauprozeß par excellence durchführt, um die Hexenjagd-atmosphäre gegen die Linke zu schüren, zu einer Zeit, in der die Klassenjustiz dabei ist, mit Gudrun Ensslin den Tod einer weiteren RAF-Genossin herbeizuführen, und in der sich auch andere gefangene Genossen in einem äußerst kritischen gesundheitlichen Zustand befinden, haben die Stalinisten von DKP/ SEW und KPD nichts anderes zu tun, als der Bourgeoisie ihre Respektabilität zur Schau zu stellen, indem sie die RAF denunzieren.

Während wir die Ermordung Bubacks, für die das „Kommando Ulrike Meinhof' die Verantwortung übernommen hat, für eine perspektivlose und sinnlose Tat halten, die dem Staat lediglich einen neuen Vorwand liefert, die Repressionsmaßnahmen gegen die Linke zu stärken, erkennen wir gleichzeitig an, daß diese Genossen aus dem Wunsch heraus handelten, ein Symbol kapitalistischer Unterdrückung zu bekämpfen. Ein solches Symbol war Buback gewiß. Und deshalb sagen wir: Weg mit den Fahndungsmaßnahmen! Wenngleich solchen Handlungen individuellen Terrors ablehnend gegenüberstehend, muß die Arbeiterbewegung gleichzeitig doch eine Mobilisierung zur politischen Verteidigung dieser Genossen gegen die staatliche Repression durchführen. Wir fordern, daß der schändliche Prozeß in Stammheim mitsamt seinen grausamen Haftbedingungen für die gefangenen Genossen zu Fall kommt, genauso wie der Prozeß gegen die Genossen Roth und Otto und die anderen Klassenprozesse gegen Genossen der Linken. Wir wissen aber auch, daß unsere Forderungen weder durch die Fürbitte „liberaler Kreise“ noch durch verzweifelte Terroraktionen durchgesetzt werden können. Nur die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse kann dem bürgerlichen Klassenterror ein Ende setzen!



Gudrun Ensslin, Opfer des bürgerlichen Klassenterrors.

21. April 1977

Spanien...

Fortsetzung von Seite 2
statt. Schüchterne Versuche, den ersten Mai zu feiern, wurden mit dem Einsatz von Gummiknüppeln und Verhaftungen beantwortet. Obwohl die Proteste im Sommer etwas nachließen, begann im Juni der erbittert geführte Motor Iberica-Streik, der mehr als 100 Tage andauerte, und im Juli demonstrierten 100 000 für die volle Amnestie für politische Gefangene und Exilspanier. Um Konzessionen von der Regierung zu ergattern, drohte die PCE mit einem heißen Herbst voller Unruhen, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt würden.

Der Herbst wurde tatsächlich „heiß“. Zweimal explodierte das Baskenland: einmal anläßlich der Ermordung eines Gewerkschafters durch die Polizei und noch einmal am 27. September, am ersten Jahrestag der Exekution von fünf ETA- (baskische Nationalisten) und FRAP- (Maoisten)- Militanten durch Francos Schergen, als 500 000 streikten. In der gleichen Region streikten baskische Bauarbeiter; als sie die Arbeit wieder aufnahmen, legten die Bauarbeiter von Pamplona die Arbeit nieder.

Der größte unter allen Protesten war ein eintägiger landesweiter Generalstreik gegen das Wirtschaftsprogramm der Regierung (das in seinem Kern das Einfrieren der Löhne und die Erleichterung von Entlassungen beinhaltete), der ersten solchen Aktion seit dem Bürgerkrieg, an dem sich gut über eine Million beteiligten. In Barcelona, wo zehntausende Metallarbeiter teilnahmen, war die Streikaktivität am intensivsten, in Galizien hörten die Werftarbeiter auf, zu arbeiten, und in Asturien schlossen sich 50 000 Bergarbeiter der Aktion an. Die Regierung reagierte mit der totalen Mobilisierung ihrer Repressionskräfte, setzte 100 000 Polizisten ein, ließ jeden U-Bahnwagen in Madrid mit zwei schwerbewaffneten „Ordnungshütern“ besetzen, verhaftete führende Mitglieder der PCE und startete eine allgemeine Verfolgungsjagd gegen die „extreme Linke“.

Die nächste größere Welle von Arbeitsniederlegungen und Massendemonstrationen erfolgte zu Beginn dieses Jahres, nachdem faschistische Provokateure fünf linke Rechtsanwälte in Madrid ermordet hatten. 200 000 marschierten in der Hauptstadt zur Beerdigung, teilweise die Internationale singend. Barcelona wurde völlig lahmgelegt, in Bilbao wurde die Produktion in Fabriken und Werften gestoppt, in Pamplona Barrikaden in Arbeitervierteln zum Schutz vor Polizeiüberfällen errichtet, in Asturien streikten die Bergarbeiter.

Im März schließlich, nach einigen etwas ruhigeren Wochen, gab es in Euzkadi, im Baskenland, einen erneuten Aufschwung der Arbeiterkämpfe, in deren Verlauf es auch zu militanten Fabrikbesetzungen kam. Gegenwärtig streiken 100 000 Arbeiter im Industriegürtel von Madrid gegen die Fortexistenz der korporatistischen francoistischen Syndikate und für die Rücknahme aller Entlassungen.

VERANSTALTUNG der TLD

DIE VOLKSFRONT - DER WEG IN DIE NIEDERLAGE

10. Mai 1977, 19.00 Uhr
Ebershof, Ebersstraße 68
West-Berlin

Verkehrsverbindungen: S-Bahnhof Schöneberg
U-Bahnhof Innsbrucker Platz
Busse: A48, 65, 73, 75, 83, 85

Die Coordinación Democrática — eine Schlinge um den Hals des spanischen Proletariats

So ist die spanische Arbeiterklasse kämpferischer denn je. Ungleich ihren portugiesischen Klassenbrüdern ist sie wesentlich reifer, die Erinnerung an den Volksfrontverrat der spanischen Arbeiterparteien und an den Bürgerkrieg ist wach. So unglaublich es scheinen mag - die jetzige „Führung“ des spanischen Proletariats bemüht sich mit allen ihren



Santiago Carillo: Auf Francos Flagge eingeschworen.

Kräften, genau diese Niederlage, die blutig bezahlt wurde, zu wiederholen! Aus der Vielzahl der reformistischen Arbeiterparteien und -Organisationen ragt vor allem Santiago Carillos PCE hervor, die dominierende Strömung der Arbeiterbewegung. Seit Jahren setzt sie alles daran, die „Versöhnung“ mit der Bourgeoisie und die „Heilung“ und Beseitigung der durch den blutigen Bürgerkrieg hervorgerufenen Spaltung zu erreichen. In den frühen 70er Jahren nahm ihr klassenkollaborationistischer Appetit organisatorische Formen an, als sie mit verschiedenen bürgerlichen „progressiven“ Persönlichkeiten einen „Pakt für die Freiheit“ unterzeichnete und die Volksfront-Versammlung von Katalonien gründete. Mit der Gründung der Junta Democrática Mitte 1975 wiederholte sich das auf nationaler Ebene; ein Jahr später schloß sich diese von der PCE dominierte Koalition mit dem sozialdemokratisch-geführten Pendant zusammen, um die Coordinación Democrática zu bilden.

Während des ganzen letzten Jahres und der letzten Monate kam die Verpflichtung der PCE auf die bürgerliche Volksfront, diese tödliche Umarmung mit der Bourgeoisie, immer wieder in der Weigerung der Stalinisten zum Ausdruck, die Zentren proletarischer Militanz zu einem nationalen Generalstreik gegen die Diktatur zu mobilisieren. Angesichts des Niedergangs der „vertikalen“ Gewerkschaft CNS hat sich die PCE entschieden, die Arbeiterkommissionen in eine normale Gewerkschaft umzuwandeln. Aber dies tut sie nur, um effektiver gegen die rebellierende Basis vorgehen zu können. Ebenso hat die PCE unermüdlich in jeder nur denkbaren

anderen politischen Frage ihre „Vernunft“ demonstriert. Zur Zeit des Ablebens des Caudillo, im November 1975, tönte Mundo Obrero (das PCE-Organ) noch: „Nein zur francoistischen Monarchie!“ Jetzt haben sich die spanischen „Eurokommunisten“ nicht nur zu den aktivsten Protagonisten der bürgerlichen „Demokratie“, sondern auch zu den servilsten Dienern der Monarchie emporgeschwungen: Nach der ersten legalen Tagung des Zentralkomitees der Partei sprach sich Carillo „für eine Verankerung der Monarchie als Staatsform in der vom künftigen Parlament auszuarbeitenden Verfassung aus“ (Tagesspiegel, 16. April)! Die Partei entschied sich außerdem, „die spanische Flagge als eine ihrer Symbole“ (Herald Tribune, 16./17. April) zu übernehmen. Die Stalinisten besitzen die Schamlosigkeit, dieses verhaßte Symbol der terroristischen Franco-Diktatur konservieren zu wollen! Das spanische Proletariat wird diesen „Führern“ eine gebührende Antwort erteilen. Es vervollständigt das Bild nur noch, daß die Kommunistische Partei nichts gegen die Integration des Landes in die EG, in die NATO, gegen die Aufrechterhaltung der Militärbasen des US-Imperialismus in Spanien einzuwenden hat.

Vom kleinbürgerlichen Terrorismus zum Legalitätsfetischismus

Stolz präsentiert die Gruppe Internationale Marxisten (GIM), deutsche Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS), die Liga Communista Revolucionaria (LCR), eine der drei VS-Organisationen in Spanien, als Paradebeispiel erfolgreicher trotzkistischer Politik. Unzweifelhaft wenden sich in der gegenwärtigen vorrevolutionären Situation hunderte Militante, die vom Verrat der Stalinisten und Sozialdemokraten abgestoßen sind und nach einer revolutionären Antwort suchen, der LCR, einer Organisation mit dem Anspruch auf den revolutionären Trotzkismus, zu. Aber tragischerweise hat die LCR nur eine „linkere“ Version der Klassenkollaboration der PCE und PSOE anzubieten.

Nach der Ermordung von fünf linken Rechtsanwälten im Januar dieses Jahres durch faschistische Provokateure rief die „demokratische Opposition“ gemeinsam mit der Regierung die hunderttausenden streikenden und demonstrierenden Arbeiter auf, „Ruhe“ zu bewahren. Als daraufhin drei Polizisten (angeblich von der mysteriösen GRAPO) getötet wurden, unterzeichneten bürgerliche Parteien und ein großer Teil der spanischen „extremen Linken“ ein gemeinsames Kommunique (siehe Kasten), das den Tod der drei Polizisten in Madrid ebenso wie die Verhaftung zahlreicher Mitglieder der oppositionellen Organisationen verdammte und von der Regierung „sofortiges Vorgehen gegen ... die faschistischen und parapolizeilichen Organisationen“ forderte.

Welch Idioten! Sie rufen die Guardia Civil auf, die klerikal-faschistischen Terroristen zu unterdrücken, die zum Teil selber Mitglieder, außer Dienst, der Guardia Civil sind! Der Staat hat diesen Aufruf mit der Ausrufung des Notstands beantwortet und in der Folge natürlich nicht die faschistischen Terrorbanden, sondern die Arbeiterorganisationen verfolgt und ihre Mitglieder verhaftet. Hier erreicht man einen Punkt, wo reformistische Illusionen in die „Neutralität“ des bürgerlichen Staates schließlich selbstmörderisch werden. Marxisten propagieren stattdessen die Verteidigung der Arbeiterbewegung und die Zerschlagung der reaktionären Terroristen durch Arbeitermilizen.

Aber das Dokument geht noch darüber hinaus: es bestätigt, daß die „Wiederherstellung aller demokratischen und nationalen Freiheiten, und besonders die bedingungslose Amnestie, Fortschritte auf dem Weg zur Demokratisierung bringen kann und ein Klima demokratischer Toleranz schaffen wird“, und es endet mit einem Aufruf für „Einheit und Verantwortlichkeit aller im Rahmen dieser demokratischen Erklärung“. Was wir hier vor uns haben, ist ein Eckstein der Strategie der Kommunistischen Partei Spaniens für einen „Durchbruch mittels Verhandlungen“ — einen

Pakt mit der Regierung, um den friedlichen Übergang von der bonapartistischen Diktatur zur bürgerlichen Demokratie zu erreichen.

Unter den Unterzeichnern dieser Volksfrontdeklaration finden sich nicht nur die republikanische Esquerra, die Car- listen und die Versammlung von Katalonien - alles bürgerliche Formationen - sondern auch ein Großteil der „extremen Linken“ - von den Maoisten/Syndikalisten bis zur zentristischen

Das berüchtigte Kommuniqué von Barcelona

Die unterzeichnenden Parteien

1) verurteilen die Attentate, bei denen drei Polizisten den Tod fanden;

2) stellen fest, daß die vom Ministerrat ergriffenen Maßnahmen nicht zur Bereinigung der jetzigen Situation beitragen;

3) verurteilen energisch die willkürlichen Festnahmen zahlreicher Militanter der demokratischen Parteien und die brutalen Hausdurchsuchungen. Sie bekräftigen erneut ihren demokratischen Willen und lehnen jede Verantwortung für die in Madrid verübten Gewalttaten ab;

4) daher fordern sie:

a) die sofortige Freilassung der verhafteten demokratischen Militanten und die Einstellung dieser Willkürmaßnahmen;

b) sofortiges Vorgehen gegen die für die jetzige Situation wirklich Verantwortlichen, nämlich die faschistischen und parapolizeilichen Organisationen;

5) bekräftigen erneut, daß nur die Wiederherstellung aller demokratischen und nationalen Freiheiten, und besonders die bedingungslose Amnestie, Fortschritte auf dem Weg zur Demokratisierung bringen kann und ein Klima demokratischer Toleranz schaffen wird.

Um diese Ziele zu erreichen, fordern sie die die entschlossenste Einheit und Verantwortung des ganzen Volkes im Rahmen dieser demokratischen Erklärung und die Verurteilung aller verübten Morde.

Partido del Trabajo (Comité de Cataluña), Esquerra Republicana de Cataluña, Frente Nacional de Cataluña, Asamblea de Cataluña, Liga Comunista Revolucionaria, Movimiento Comunista de Cataluña, Organización Revolucionaria de los Trabajadores, Partido Carlista, Partido Comunista de España (Marxista-Leninista), Organización Comunista de España (BR), Partido Comunista (Unitario)

[illegible]

LCR. Vorbei sind die Tage, als die LCR noch ihre „völlige“ Unterstützung für das Bombenattentat baskischer Nationalisten auf den Premierminister Carrero Blanco erklärte.

Aber die spanischen Mandelianer haben nicht nur einfach ihre terroristischen-spontaneistischen Mythen aufgegeben. Sie haben die übelsten Aspekte des legalistischen Reformismus ihrer Opponenten im „Vereinigten“ Sekretariat übernommen. Wer von denen, die den Cliquenkampf innerhalb des VS verfolgt haben, erinnert sich nicht an die Vehemenz, mit der die von Mandel geführte Mehrheitstendenz die argentinische Sozialistische Arbeiterpartei (PST) wegen ihrer Unterstützung für die „Institutionalisierung“ des mörderischen peronistischen Regimes verurteilte?! Nun folgt die Mehrheit ihrem Beispiel.

Das Kommunique von Barcelona beweist nur wieder einmal, wie unfähig diese Revisionisten und Renegaten vom Trotzkismus sind, in einer Situation des Klassenkampfes gegen den Strom schwimmen zu können. Die Kapitulation der LCR gleicht der der PST vor Piron und zeigt ebenso wie die Unterzeichnung der FUR-Volksfronterklärung durch die portugiesische LCI 1975 die Notwendigkeit für einen entschiedenen Kampf für die Wiederschaffung der Vierten Internationale auf. Nur durch den Aufbau von Sektionen der internationalen Spartacist Tendenz in Portugal und Spanien kann das iberische Proletariat hinter einer leninistischen Führung vereinigt und unter dem Banner des Trotzkismus zum Sieg geführt werden.

Nieder mit der francoistischen Monarchie! Für eine Arbeiterregierung!

Für den 15. Juni hat das Suarez-Kabinett Wahlen zu den Cortes, dem „reformierten“ Ständeparlament, angesetzt — ein hilfloser Versuch der spanischen Bourgeoisie, den Übergang zu einer „demokratischeren“ Version des bonapartistischen Regimes, des Francoismus, zu vollziehen. Die Kompetenzen dieses Parlaments, seine Macht, ist praktisch gleich Null. Die Wahl selber, ebenso wie das Referendum vom Dezember letzten Jahres, ist eine bloße Farce. Die Wahlbedingungen sind denkbar undemokratisch; so wird etwa jede der 50 spanischen Provinzen vier Abgeordnete in den Senat und mindestens drei Vertreter in den Kongreß entsenden, ungeachtet der Tatsache, daß die Bevölkerung eines ländlichen Wahlkreises oft nur einen Bruchteil der Bevölkerung eines Industriegebiets wie etwa Madrid beträgt. Und die bäuerlichen Gebiete sind naturgemäß konservativer als die proletarischen. So wird eine Bauernstimme in den Cortes- Wahlen oft das mehrfache Gewicht des Votums eines Arbeiters haben. König Juan Carlos ernennt zudem ein Fünftel



Hinter der Fassade der Demokratisierung: Polizeieinsatz gegen Demonstranten in Barcelona.

der Senatoren. Im Wahlkampf selber werden Arbeiterparteien schwersten Behinderungen durch den francoistischen Staatsapparat unterliegen, während der rechten Volksallianz und der „Demokratischen Mitte“ (ein von Adolfo Suarez favorisiertes bürgerliches Parteienbündnis) die Medien und alle Mittel der Propaganda offenstehen werden.

Angesichts der Tatsache, daß das kämpferische spanische Proletariat nach der endgültigen Beseitigung des Francoismus vom Erdboden lechzt, das Land sich in einer vorrevolutionären Situation befindet und täglich die entscheidende Explosion der Arbeiterklasse erfolgen kann, würden Revolutionäre, hätten sie das Gewicht der stalinistischen PCE in der Arbeiterbewegung, die pseudodemokratischen Cortes boykottieren. Dieser Boykott wäre eine unmittelbare Kampfansage an das francoistische Regime und könnte zu einer revolutionären Situation, zur Bildung von Doppelmachtorganen, führen. Wenn jedoch die Hauptparteien der spanischen Arbeiterbewegung, die PCE und die PSOE, zu den Wahlen kandidieren, und 80-90 Prozent der militantesten Arbeiter in den Fabriken ihnen ihre Stimme gegen werden, wäre der Versuch eines aktiven Boykotts durch eine kleine revolutionäre Propagandagruppe lächerlich und unzweckmäßig. In den Regionen, in denen es keine Möglichkeit zur legalen politischen Propaganda gibt, und in denen die Massen die Cortes-Wahlen bereits als Farce erkannt haben, werden Bolschewiki jedoch zum aktiven Boykott aufrufen. Dies ist der Fall im Baskenland, vielleicht auf den kanarischen Inseln und möglicherweise sogar in Katalonien.

In den Regionen, in denen die Massen zur Wahl schreiten, erklären wir ihnen, daß ihre Parteien, die bürgerlichen Arbeiterparteien, erst mit der Bourgeoisie brechen müssen, die Volksfrontformationen auflösen müssen, bevor Revolutionäre ihnen kritische Unterstützung geben können. Wir nehmen eine Haltung der bedingten Opposition ein. Ein anderer Schwerpunkt in der Propaganda von Trotzkisten in der gegenwärtigen Situation in Spanien ist die Forderung nach der Legalisierung aller Arbeiterparteien, nicht nur der PCE und der PSOE. Bis jetzt ist noch die gesamte „extreme Linke“ illegal, das Suarez- Regime möchte nur die „verantwortungsbewußten“ Parteien legalisieren. Die Zulassung aller proletarischen Organisationen wird somit zu einer wichtigen demokratischen Forderung.

Die Cortes-Wahlfarce, eine kosmetische Operation, die nur der Perpetuierung des francoistischen Systems dient, führt dazu, daß demokratische Forderungen wie die der demokratisch gewählten konstituierenden Versammlung noch ihre Gültigkeit besitzen. Aber, wie Trotzki schrieb:

> „... die Formeln der Demokratie (Koalitions-, Pressefreiheit usw.) sind für uns nur *zufällige vorübergehende* Losungen in der unabhängigen Bewegung des Proletariats... Sobald die Bewegung etwas von einem Massencharakter annimmt, werden die demokratischen Losungen mit den Übergangslosungen verflochten; man kann annehmen, daß Fabrikkomitees erscheinen, bevor die alten Bonzen aus ihren Kanzleien stürzen, um Gewerkschaften zu organisieren; Räte werden Deutschland überziehen, bevor eine neue Konstituierende Versammlung in Weimar zusammentreten wird. Dasselbe gilt für Italien und den Rest der totalitären und halbtotalitären Länder“ (*Übergangsprogramm).* Dasselbe gilt für Spanien. Das „Sofortprogramm“ für Revolutionäre in Spanien kann nur im Sturz des Francoismus und der Errichtung der sozialistischen Räterepublik bestehen. €

Ausschluß der Trotzkistischen Fraktion markiert Rechtsruck des Spartacusbundes

Leninistische Fusion TF-TLD

Nach einem Monat intensiver Diskussion und gemeinsamer Arbeit (einschließlich Veranstaltungen in Berlin und London) wurde die Fusion der Trotzkistischen Fraktion (TF) des Spartacusbundes (ausgeschlossen) mit der Trotzkistischen Liga Deutschlands Mitte Februar vollzogen. Die „Deklaration der Trotzkistischen Fraktion" (vergl. *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 17, Februar 1977), die politische Grundlage des Kampfes der TF im Spartacusbund, sowie die „Deklaration für die Organisierung einer internationalen trotzkistischen Tendenz" (*Spartacist,* deutsche Ausgabe, Nr. 2, Herbst 1974) und die „SL/ÖBL-Deklaration für gemeinsame Arbeit in Deutschland" (ebenda) stellten die grundlegenden Dokumente der Fusion dar.

Im Gegensatz zu einer Welle von zynischen „Fusionen" und „Umgruppierungen" vom „Vereinigten" Sekretariat (VS) über die Lambertisten bis hin zur „Notwendigen Internationalen Initiative" (NU), die nur opportunistische, temporäre gegenseitige Nichtangriffspakte darstellen und damit den Keim künftiger Spaltungen bereits in sich tragen, erfolgte die Vereinigung dieser leninistischen Organisationen auf der Basis völliger Übereinstimmung in den zentralen Fragen, die den Bolschewismus vom Menschewismus trennen: in der Frage der Volksfront, der nationalen Frage, des demokratischen Zentralismus und — das ist entscheidend — in der Anerkennung der vollen Gültigkeit des Übergangsprogramms von Trotzki als dem revolutionären Programm der Epoche des imperialistischen Verfalls. Die *Verschmelzung* der beiden Organisationen fand ihren Ausdruck in der Integration führender Kader der TF in leitende Funktionen der TLD. Diese Fusion stellt eine wesentliche Stärkung der TLD, Sektion der internationalen Spartacist Tendenz, in ihrem Kampf für die Verankerung des authentischen Trotzkismus in Deutschland dar.

Spartacusbund verleiht „kleinbürgerlichen Forderungen" Übergangscharakter

Die Bedeutung des politischen Kampfes der TF - und ihres Ausschlusses als Meilenstein der Degeneration des Spartacusbundes - wurde durch den eklatanten Rechtsruck, der sich in den beiden letzten Ausgaben seines Zentralorgans offenbart, unterstrichen. Mit der Herausgabe von *Spartacus* 34 (20. Februar) und *Spartacus* 35 (25. März) nimmt der Spartacusbund politische Positionen ein, die sich in keiner Weise wesentlich von denen des Hauptstroms des VS um Ernest Mandel unterscheiden. In *keiner* zentralen Frage des Marxismus steht der Spartacusbund noch links von der Internationalen Mehrheitstendenz des VS, und in manchen Fragen überholt er sie sogar von rechts.

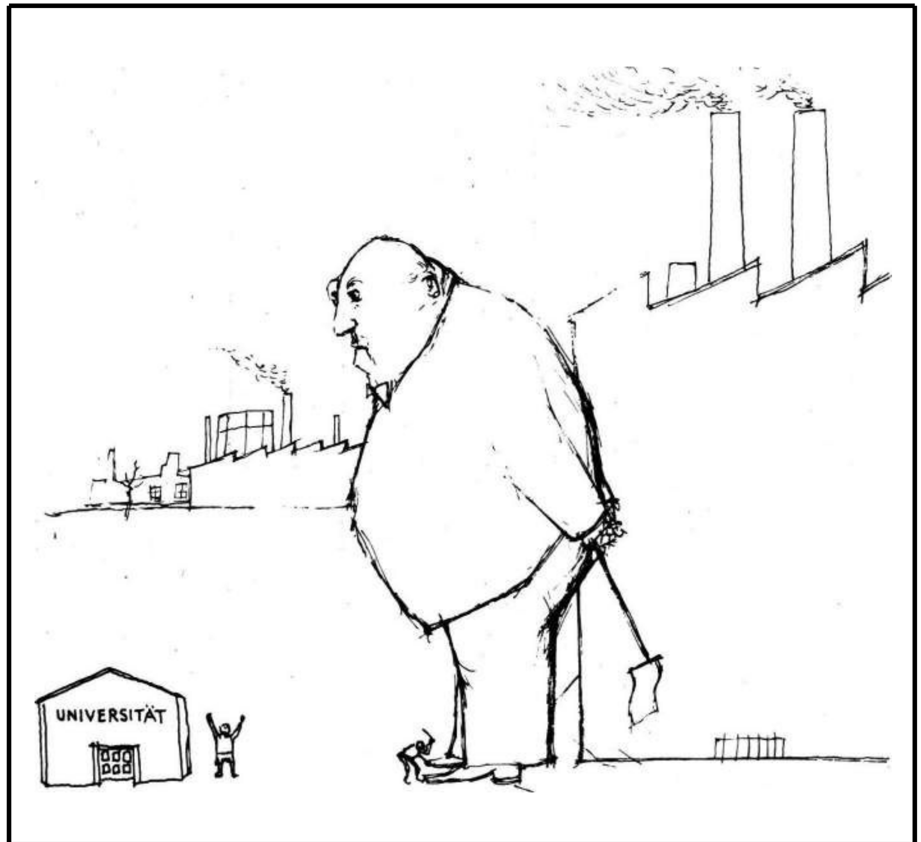
In der Frage des Programms wurde diese Wende auf einen theoretischen Nenner gebracht. Im zentralen „Aufruf des Spartacusbundes zum 1. Mai" (*Spartacus* 35) heißt es: „Immer deutlicher erweist sich, daß jede emsthafte Forderung des Proletariats und *auch jede fortschrittliche Forderung des Kleinbürgertums* unausweichlich über die Grenzen des kapitalistischen Eigentums und des bürgerlichen Staates hinausführt." Für den Spartacusbund hat jetzt jede „ernsthafte" proletarische wie „fortschrittliche" kleinbürgerliche Forderung schlicht und einfach den Charakter einer Übergangsforderung. Kommunisten wissen jedoch *spätestens* seit Lenins *Was Tun,* daß es einen „proletarischen" Ökonomismus gibt, der, organisch aus den „ernsthaften" Kämpfen des Proletariats erwachsend, jedoch nur ein Mittel zur Erkämpfung besserer Bedingungen zum Verkauf der Ware Arbeitskraft darstellt, nicht aber „unausweichlich über die Grenzen des kapitalistischen Eigentums und des bürgerlichen Staates hinausführt." Die Organisierung der Arbeiterklasse für die Eroberung der Macht muß auf der Basis kommunistischer Forderungen erfolgen — die durch die proletarische Avantgarde von außen in die Klasse hineingetragen werden müssen.

Während der erste Teil dieser Spartacusbund-Formulierung ökonomistischen und ökonomischen Forderungen eine systemsprengende „Dynamik" verleiht, überträgt der zweite Teil diese Automatik auf Forderungen, die einen nichtproletarischen und zuweilen direkt ^//'proletarischen Charakter haben

Auf seiner 5. Bundeskonferenz gab der Spartacusbund vor, mit seiner traditionellen Politik der „agitatorischen Aufsplitterung" des Übergangsprogramms, der „prinzipienlose(n) Blockbildung und programmatische(n) Kapitulation" gebrochen zu haben. Er schrieb:

> „Kommunisten vertreten zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort die historischen Aufgaben des Proletariats gegen alle partikularen Interessen, unter Umständen auch ohne oder gegen große Teile der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen." (*Spartacus* 19, August 1975).

Wäre diese Selbstkritik der Politik „unterhalb der Ebene des Übergangsprogramms" ernst gemeint gewesen, hätte sie zur internen Differenzierung und letztlich zur Fusion der subjektiv revolutionären Elemente des Spartacusbundes mit der TLD fuhren müssen. Die TLD hatte den Spartacusbund mit ihrem Diskussionsangebot vom August 1975 genau an diesem Anspruch gepackt. Es war zu prüfen, ob sich eine Basis für Fusionsverhandlungen entwickelt hatte (*Kommunistische Korrespondenz* Nr. 11, November 1975). Da sich dieser neue Anspruch auf Orthodoxie jedoch nur als Resultat einer zeitweiligen Kapitulation vor dem Druck der TLD/iST erwies und keinen wirklichen Bruch mit der zentristischen Vergangenheit darstellte, war ein neuer Rechtsruck unausbleiblich. Der Spartacusbund hat jetzt diesen Rechtsruck vollzogen, der sich im Hochjubeln des „Partikularismus" nicht nur rückständiger proletarischer, sondern auch kleinbürgerlicher Bewegungen *gegen* die historischen Interessen der Arbeiterklasse ausdrückt. Die Unterzeichnung eines 1. Mai-Aufrufes durch den Berliner Spartacusbund, der sich nicht nur generell gegen den Bau von Kernkraftwerken, sondern auch gegen *Kohle*kraftwerke richtet, beweist nur, daß der Spartacusbund bereit ist, auch hinter reaktionären, kleinbürgerlich-utopischen Bewegungen



KJO Spartacus-Karikatur gegen Mandels „Rote Universität“ (SPARTACUS 17, Oktober 1970).

nachzutraben — sofern sie nur populär sind („Für einen klassenkämpferischen 1. Mai“, Flugblatt der 1. Mai-Initiative, Berlin). Kommunisten sind Volkstribune, wie Lenin bemerkte. Wir kämpfen für die Rechte aller vom Kapitalismus unterdrückten Schichten. Aber Kommunisten sind *proletarische* Volkstribune, die wissen, daß nur das Proletariat unter der Führung seiner mit dem revolutionären Programm bewaffneten Avantgarde den Weg zur sozialistischen Gesellschaft, die jegliche Unterdrückung aufheben wird, bahnen kann. Deswegen kämpft die revolutionäre Partei auf dem Weg zur proletarischen Revolution unerbittlich um die organisatorische und politische *Hegemonie* der proletarischen Avantgardepartei. „Die Krise der Menschheit ist die Krise der proletarischen Führung“ (Trotzki). Das neue Programmverständnis des Spartacusbundes ist nur ein Vorwand, um jeder nichtkommunistischen „fortschrittlichen“ Strömung oder Bewegung innerhalb oder außerhalb der Arbeiterbewegung hinterherhinken zu können.

Der Spartacusbund entdeckt die Studentenbewegung: Zurück zur „Dialektik der Interventionssektoren“!

In *Spartacus* 35 erschien das bisher markanteste Beispiel der programmatischen Wende des Spartacusbundes: Er preist die „Autonomie der Studentenbewegung“ und die „Rote Universität“ durch die kommentarlose Übernahme eines Artikels der Lega Communista. Studenten sind eine hauptsächlich aus dem Kleinbürgertum stammende Schicht von Menschen, die in ihrer Rolle als Studierende noch nicht in den kapitalistischen Produktionsprozeß integriert sind. Studenten sind oft offen für „neue“ Ideen, weil ihr Klassenstandpunkt in der Produktion noch nicht geklärt ist, und sie die Muße zur geistigen Beschäftigung haben. Kommunisten versuchen Studenten individuell von ihrer klassenmäßigen Herkunft und wahrscheinlichen Zukunft im Kleinbürgertum oder in der Bourgeoisie zu brechen, um sie als Berufsrevolutionäre für das revolutionäre Programm und für die revolutionäre Partei zu gewinnen. Aber Studenten können ebenso von faschistischen oder anderen reaktionären Bewegungen rekrutiert werden: So erfolgte in Italien in den 20er wie in Deutschland in den 30er Jahren eine scharfe Polarisierung zwischen kommunistischen und faschistischen Studenten. Die Parole der demonstrierenden Studenten in Rom: „In Chile die Panzer, in Italien die Gewerkschaften“, (kommentarlos in *Spartacus* 35 abgedruckt), ist zwar ein Ausdruck der Wut linker Studenten gegen die Wasserträgertätigkeit der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) für die italienische Bourgeoisie, gleichzeitig aber ein Zeichen des kleinbürgerlichen politischen Bewußtseins der „autonomen Studentenbewegung“. Die Gleichstellung der reformistischen Arbeitermassenorganisationen mit Pinochets Panzern wird schlichtweg zum Verbrechen.

Die Übernahme der Losung der „Roten Universität“, einer Parole des mandelistischen Revisionismus nach 1968, ist vielleicht der augenfälligste Bruch, den der Spartacusbund mit seiner eigenen Vergangenheit je gemacht hat. Die Trennung der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) und der Kommunistischen Jugendorganisation Spartacus (KJO Spartacus) vom VS schlug sich bald politisch in einer impressionistischen workeristischen Opposition dieser Organisationen zur kleinbürgerlichen „Dialektik der Interventionssektoren“ Ernest Mandels nieder. Dieser Arbeiterfetischismus, der von einem gewissen linken Impuls ausging, machte den Hauptunterschied zwischen der KJO Spartacus, später auch der Spartacus Bolschewiki-Leninisten (BL) sowie dem Spartacusbund auf der einen und dem VS auf der anderen Seite aus. Der eklatante Charakter dieses Umschwungs vom Abstentionismus gegenüber der Studentenbewegung zur Nachtrabpolitik (zwei Monate nachdem der Spartacusbund den Streik an den Berliner Hochschulen gegen die Berufsverbote ignorierte und sogar eine Streikpostenlinie der TLD überquerte), ist mir *einem* anderen Purzelbaum in der buntscheckigen Geschichte dieser Tendenz vergleichbar: dem

1973 erfolgten Eintritt der traditionellen Führung von IKD/KJO in die stets als rein bürgerlich charakterisierte SPD.

Der Spartacusbund tritt für die Autonomie der Frauenbewegung vom Leninismus ein

War die abstentionistische Haltung zur kommunistischen Arbeit unter den Studenten eine der hervorstechendsten politischen Prinzipien des Spartacusbundes und seiner Vorläufer, so bedeutete die Ignorierung der besonderen Unterdrückung der Frau eine fast ebenso durchgehende Erscheinung. Ein Vertreter des Berliner Komitees (Vorläuferorganisation der TLD) erntete auf der Gründungskonferenz des Spartacusbundes im Februar 1974 nur Gelächter, als er die unernsthafte Haltung von BL und KJO zu dieser Frage kritisierte (siehe zur Frauenfrage: *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 2, April 1974).

Doch jetzt hat der Spartacusbund dank des Genossen Roberto den „objektiv antikapitalistischen“ Charakter der Frauenbewegung entdeckt, „so reaktionär die Vorstellungen einzelner ihrer Vertreterinnen auch sein mögen ...“ (*Spartacus* 34), und befürwortet die organisatorische Unabhängigkeit der Frauenbewegung von der leninistischen Avantgarde. Die mühsame Aufgabe, gegen diese Spaltung des Proletariats durch Befürwortung von „Nebenavantgarden“ zu polemisieren, bleibt uns nur deshalb erspart, weil es eine mit uns engstens verbundene Genossin bereits vor mehr als 55 Jahren getan hat.

> „Die Ziele und die Aufgaben dessen, was man kommunistische Frauenbewegung nennt, sind durch die Ziele, durch die Aufgaben, durch die Grundsätze und die Taktik der Dritten Internationale gegeben, zu der zu gehören, wir stolz sind ...
> Genossinnen und Genossen! Die Konferenz war bei der Erörterung dieser Frage und bei der Beschlußfassung darüber von einem obersten Grundsatz geleitet. *Es gibt keine besondere kommunistische Frauenorganisation. Es gibt nur eine Bewegung, es gibt nur eine Organisation der Kommunistinnen innerhalb der Kommunistischen Partei zusammen mit den Kommunisten.* Die Aufgaben und Ziele der Kommunisten sind unsere Aufgaben, unsere Ziele. Keine Sonderbündelei, keine Eigenbrödelei, die irgendwie geeignet wäre, die revolutionären Kräfte zu zersplittern und abzulenken von ihren großen Zielen der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und dem Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Die kommunistische Frauenbewegung bedeutet nichts anderes als die planmäßige Verteilung, planmäßige Organisierung der Kräfte, sowohl der Frauen, wie der Männer, in der Kommunistischen Partei, um die breitesten Frauenmassen für den revolutionären Klassenkampf des Proletariats, für den Kampf zur Niederzwingung des Kapitalismus und den kommunistischen Aufbau zu gewinnen.“ (Klara Zetkin, *Protokoll des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, 1921,* S. 915/16).

Die TLD/iST, in dieser Tradition stehend, hat lange schon erkannt, daß die Unterdrückung der Frau besondere Organe erfordert, „um an die Frauenmassen heranzukommen und sie als Kommunisten zu sammeln und zu erziehen“. Aber solche *Arme der Partei,* wie die seit 1972 bestehende Frauenkommission des ZK der SL/USA, die auch vierteljährlich die Zeitschrift *Women and Revolution* veröffentlicht, haben mit der „Eigenbrödelei“ einer „autonomen“ Frauenbewegung nichts gemeinsam. Die kleinbürgerlich/bürgerliche Frauenbewegung muß durch die Intervention der Kommunisten auf der Basis des revolutionären Programms polarisiert werden, um jene Kräfte, die für die einzig realistische Perspektive, die Befreiung der Frau durch die proletarische Revolution, offen sind, zu gewinnen. Der Föderalismus/Sektoralismus des Spartacusbundes ist nicht qualitativ von der Haltung des jüdischen „Bundes“ zu unterscheiden, wie sie von Lenin auf dem 2. Parteitag der SDAPR bekämpft wurde.

„Reformiert“ der Spartacusbund das Vereinigte Sekretariat oder ist es umgekehrt?

Immerhin gibt es schon eine internationale Organisation, die diese „neuen“ Positionen des Spartacusbundes vertritt und ca. 50 mal so groß wie die „Notwendige Internationale Initiative“ ist: das Vereinigte Sekretariat von Hansen/Mandel/ Frank. Trotz der Fraktionierungen innerhalb dieses größeren internationalen verrotteten Blockes besteht eine grundsätzliche Übereinstimmung gerade in der Befürwortung von „Sonderbündelei“ und „Eigenbrödelei“. Am weitesten hat bisher die reformistische Socialist Workers Party (SWP) diese Liquidierung der Partei mit ihrer Forderung nach *drei „Avantgardeparteien“* getrieben: eine leninistische Partei - die SWP, eine „Labour“Partei und eine „Partei der Schwarzen“. Peter Camejo, der Präsidentschaftskandidat der SWP bei den jüngsten Wahlen in den USA, kokettierte vor einigen Jahren sogar mit der Idee einer „Frauenpartei“.

Deswegen ist es nur folgerichtig, daß diese politische Wendung des Spartacusbundes mit einer neuen Position zum Vereinigten Sekretariat einhergeht - mit der Position der *Reformierbarkeit* dieses zerspaltenen reformistisch/zentristischen Blockes. Vertrat noch die 5. Bundeskonferenz des Spartacusbundes explizit die Position, daß zentristische Organisationen Barrieren sind, die auf dem Weg der Revolutionierung der Arbeiterklasse „zerschlagen“ werden müssen,



Spartacusbund auf den Spuren des VS. „Rouge“-Karikatur, abgedruckt im internen Bulletin des Spartacusbundes (IT).

so heißt es jetzt im „Bericht des Politischen Büros“ zur 6. Bundeskonferenz, abgedruckt in *Spartacus* 34:

> „Die generelle politische Orientierung der revolutionären Marxisten gegenüber dem ‚Zentrismus sui generis' (dem VS) muß - wie gegenüber jedem Zentrismus - in dem Versuch bestehen, ihn zu .reformieren' d. h. ihn für den revolutionären Marxismus zu gewinnen“.

Die Bedeutung dieses Rechtsrutsches wird aber erst klar durch die Analyse der Organisationen, die vom Spartacusbund für „zentristisch“ gehalten werden. Als „zentristisch sui generis“ und folglich nach Roberto besonders leicht zu reformieren, gilt so die amerikanische Socialist Workers Party, die gegen linke Antifaschisten für das *Rederecht von Faschisten kämpft* und die imperialistische Armee der Vereinigten Staaten auffordert, die Stadt Boston zu besetzen, um die Rassenintegration „voranzutreiben“. Aber nicht nur diese amerikanische Möchtegernsozialdemokratie, sondern auch der KBW und KB wurden vom Spartacusbund als zentristisch charakterisiert. Der Spartacusbund wird sich seine Zähne ausbeißen bei dem Versuch, solche Organisationen zu „reformieren“.

Viel eher scheint die Internationale Mehrheitstendenz (IMT) von Mandel/Maitan/Frank dabei zu sein, den Spartacusbund zu „reformieren“ als umgekehrt. Die Hauptsektionen der IMT, die französische LCR und die englische IMG, haben mehr als ein Vierteljahrhundert antitrotzkistischer Politik hinter sich. Ihre Kadererziehung ist eine Erziehung des Zynismus und der Anbetung von Ersatzavantgarden. Obwohl ausnahmsweise eine sich nach links entwickelnde zentristische Organisation in einer Periode scharfer Klassenpolarisierung und unter dem Einfluß einer revolutionären Organisation - um den Preis von Verlusten aus dem rechten Flügel und scharfen Brüchen mit ihrer alten Politik - den Weg zur revolutionären Politik finden *kann,* hat eine solche Möglichkeit mit der Realität des VS nichts zu tun. In einer Periode von verschärften Klassenauseinandersetzungen, besonders im Süden Europas, die der Frage der Volksfront neue Brisanz verliehen hat, ist die IMT nach *rechts* abgewandert. In Spanien hat die IMT-Sektion LCR in dem Kommunique von Barcelona (30. Januar 1977) gemeinsam mit spanischen Monarchisten Attentate gegen francoistische Polizisten verurteilt und den francoistischen Staat aufgefordert, Maßnahmen gegen „faschistische und parapolizeiliche Organisationen“ durchzuführen *(Workers Vanguard* Nr. 143,4. Februar). In Frankreich gab die LCR, die Paradesektion der IMT, der Volksfront *einschließlich* den bürgerlichen Linken Radikalen kritische Wahlunterstützung und dies sowohl bei den Präsidentschaftswahlen 1973 wie bei den jüngsten Gemeindewahlen *(Workers Vanguard* Nr. 148, 11. März).

Vergewaltigung der Mitgliedschaft

Allen neuen Positionen des Spartacusbundes ist gemeinsam, daß sie nicht von der 6. Bundeskonferenz abgestimmt wurden. Im Hauptdokument der 6. Bundeskonferenz: „Die Krise der proletarischen Führung und die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der Vierten Internationale“ war die Position der Reformierbarkeit des VS noch nicht enthalten. Die Positionen zur Frauenfrage und zur Studentenarbeit wurden vor der Konferenz national überhaupt nicht diskutiert. Sie standen auch nicht auf der Tagesordnung der 6. Bundeskonferenz. Die formalen Dokumente sind immer „linker“ als die eigentliche Praxis - dies ist typisch für sich nach rechts entwickelnde Organisationen. In diesem Fall kann man jedoch nur von offenem Betrug an der eigenen Mitgliedschaft sprechen. Die 6. Bundeskonferenz entschied, daß das Programm des Trotzkismus zu Anfang des II. Weltkrieges zerstört worden sei. Eigentlich hätte die Konsequenz dieses Beschlusses die Auflösung des Spartacusbundes als einer vorgeblich demokratisch- zentralistischen Organisation sein müssen. Disziplin ohne Programm kann nur bürokratische Willkür sein! Drei Monate später hat der Spartacusbund ein neues Programm - von keiner Konferenz beschlossen, sondern von einer Clique, die auf der Grundlage der Nichtexistenz des Programms gewählt worden ist. Dieses Programm ist eine Aneinanderreihung von ökonomistischen und kleinbürgerlichen Forderungen (anti-KKW, pro autonome Studenten- und Frauenbewegung), die angeblich „unausweichlich über die Grenzen des kapitalistischen Eigentums und des bürgerlichen Staates hinausfuhren“, tatsächlich aber nur noch tiefer in den Sumpf führen. Diese Vergewaltigung der eigenen Mitgliedschaft ist ein erneutes Indiz des bürokratischen Charakters einer Organisation, die in drei Jahren drei Mal linke Oppositionelle bürokratisch ausgeschlossen hat (siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 4 und Nr. 8).

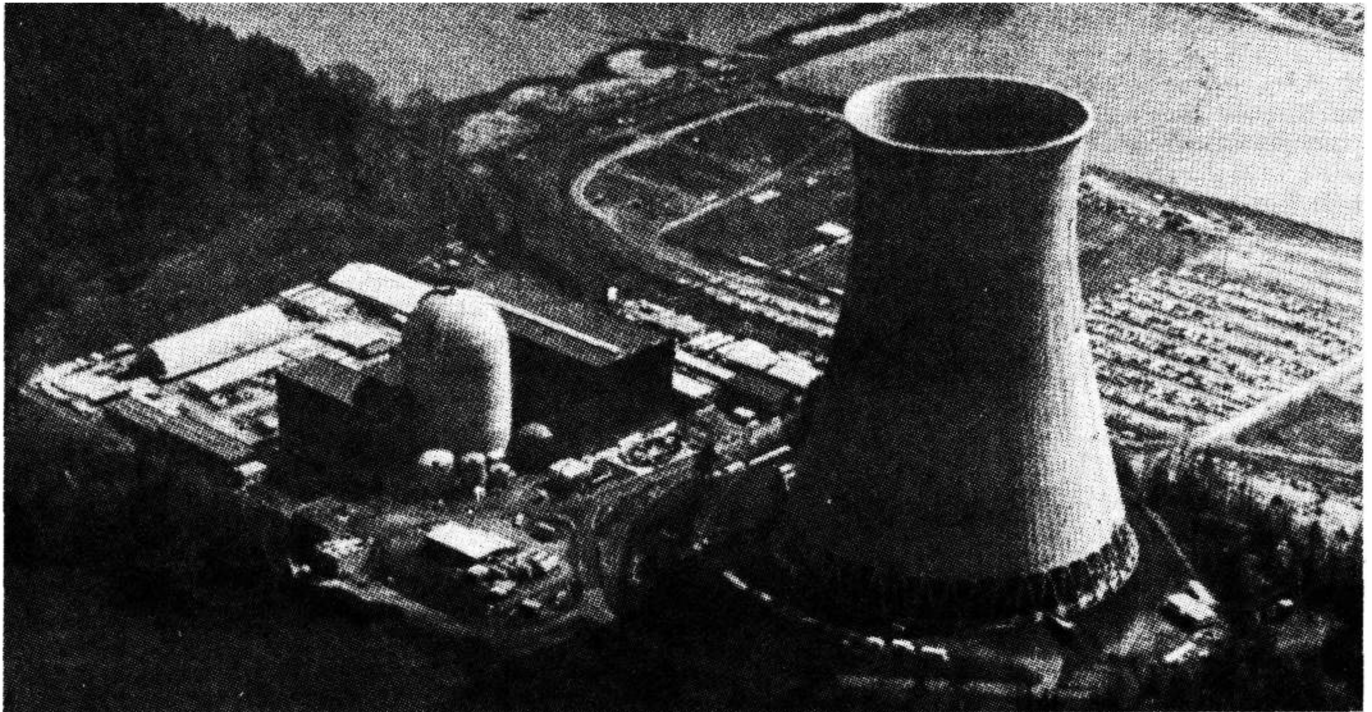
Der Kontrast zwischen der prinzipiellen Fusion von TLD und TF einerseits und dem Rechtsruck des Spartacusbundes andererseits ist eine erneute Bestätigung der *revolutionären* Umgruppierung: nicht opportunistische Blockpolitik, sondern im Gegenteil Spaltungen und Fusionen im Kampf für die Aufrechterhaltung und Durchsetzung des revolutionären Übergangsprogramms als Taktik zum Aufbau der revolutionären Partei. Die Trotzkistische Fraktion wird nicht die letzte Gruppierung von Genossen sein, die sich ihren Weg aus dem pabloistischen Sumpf der IMT und NU zum revolutionären Trotzkismus der TLD/iST erkämpfen wird. *Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale!*

Kritik des Spartacusbund – Revisionismus

Folgende Auseinandersetzungen mit der zentristischen Politik des Spartacusbundes finden sich in neueren Ausgaben der *Kommunistischen Korrespondenz:*

- Nr. 9 „Internationalismus“ des Spartacusbundes. Polemik gegen Positionen des Spartacusbundes zu Portugal
- Nr. 11 Revolutionäre Umgruppierung gegen zentristische Haltlosigkeit. Portugal: der Spartacusbund am Scheideweg
- Nr. 14 Die antidogmatischen Zentristen der italienischen FMR: Die politischen Grundlagen vom internationalen Blockpartner des Spartacusbundes, Triebfeder der „notwendigen internationalen Initiative“
- Nr. 16 Blockpolitik des Spartacusbundes: Propagandablock oder Einheitsfront zur Befreiung der gefangenen angolanischen Genossen
- Nr. 17 Vom Zentrismus zum Bolschewismus: Trotzkistische Fraktion aus dem Spartacusbund ausgeschlossen

Eine Zusammenstellung dieser fünf Ausgaben der *Kommunistischen Korrespondenz,* ergänzt mit einigen Flugblättern, in denen wir gegen den Spartacusbund polemisieren, kann zum Preis von 4,- DM bestellt werden.



Arbeiterbewegung und Kernenergie

Seit dem arabischen Ölembargo 1973-74 und der darauffolgenden Vervierfachung des Erdölpreises haben fast alle wichtigen Länder begonnen, ein ehrgeiziges Programm zu entwickeln, um die Elektrizitätserzeugung mittels Kernspaltungsreaktoren zu steigern. So sah die amerikanische Atomenergiekommission (AEC) 1974 eine 12- bis 15-fache Steigerung der nuklearen Elektrizitätserzeugungsleistung bis 1985 vor und eine zusätzliche drei- bis vierfache Steigerung bis zum Jahre 2 000. Frankreich und Japan gehen von der Erwartung aus, daß die Leistung alle zwei Jahre verdoppelt werden kann.

Diese Programme haben weitverbreitete Kontroversen hervorgerufen und den Grundstein für eine Opposition gelegt, die von einem neo-malthusianischen Pessimismus und bäuerlichen Konservatismus bis zu nüchternen Zweifeln an der Sicherheit der Kernspaltungsreaktoren reicht. In Westdeutschland sind Atomkraftwerksanlagen gestürmt und Testbohrungen für Atommüllagerplätze durch Atomgegner zum Stillstand gebracht worden. In Schweden wurde das Atomenergieprogramm der sozialdemokratischen Regierung

von Jeff Maxwell

in den letzten Tagen der nationalen Wahlkampagne im September letzten Jahres zu *dem* Thema und war ein wichtiger Faktor beim Sturz des Kabinetts Palme.

In den Vereinigten Staaten brachte im letzten Jahr eine von den Bauarbeitergewerkschaften stark unterstützte, gut finanzierte Kampagne der Atomenergielobby Initiativen, die insgesamt sechs Bundesstaaten umfaßten und die den Versuch unternommen hatten, eine schärfere Kontrolle über den Bau von Atomkraftwerken zu erwirken, eine Niederlage bei. Sicherlich vollzieht sich die Spaltung über die Kernkraftfrage nicht einfach entlang der Klassenlinie oder entlang politischer Linien. In Europa hat die Opposition zur Kernenergie ihren Ursprung in so verschiedenartigen Quellen wie der norwegischen Regierung, der holländischen Arbeiterpartei, der schwedischen Zentrumspartei, westdeutschen Maoisten und vorgeblichen Trotzkisten, der britischen Königlichen Kommission für Umweltverschmutzung und dem konservativen *Economist.*

Als Marxisten unterstützen wir im allgemeinen die Einführung neuer Technologien energisch, einschließlich der Entwicklung, dem Bau und Betrieb von Kernspaltungsreaktoren. Zweifellos haben Verfechter einer auf materiellen Überfluß basierenden sozialistischen Gesellschaft in dieser Frage eine völlig andere Auffassung als ökologistische Tagträumer, die im Grunde zu einer vorindustriellen Gesellschaft zurückkehren wollen. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der Kernenergie nur im Rahmen einer internationalen sozialistischen Planwirtschaft beurteilt werden kann.

Es gibt reale Sicherheitsprobleme in Verbindung mit Kernreaktoren. Wie überall in der Industrie verlangen wir die gewerkschaftliche Kontrolle über die Arbeitsbedingungen, und da, wo eine besondere Gefahr vorliegt, fordern wir Aktionen zur Schließung der gefährlichen Anlagen. Aber darüberhinaus haben wir kein besonderes Interesse daran zu bestimmen, wie die Bourgeoisie ihren Energiebedarf deckt. Diejenigen, die annehmen, daß „eine breite öffentliche Diskussion“ im Rahmen der kapitalistischen Herrschaft diese Frage zufriedenstellend lösen wird, machen sich der Verbreitung der schlimmsten utopischen, reaktionären und pazifistischen Illusionen schuldig.

Warum Kernenergie?

Als Reaktion auf ihre klar erkannten wirtschaftlichen und militärischen Bedürfnisse haben die verschiedenen Bourgeoisien mit Kernreaktorprogrammen begonnen. Ihre

Bemühungen zur Energiebeschaffung sind trotz der Propagandatrommel, die man für Nixons großartiges „Projekt Unabhängigkeit“ gerührt hat, ganz klar fehlgeschlagen. Die amerikanischen Importe an Erdöl sind seit 1973 gestiegen.

Es ist eine Binsenweisheit, daß das Erdöl nicht bis in alle Ewigkeit so reichlich wie bisher fließen wird. Angesichts des gegenwärtigen Ausmaßes des Verbrauchs sagen eine Reihe von Experten voraus, daß der Vorrat an Rohgas und öl im nächsten Jahrhundert fast erschöpft sein wird (solche Vorhersagen sollte man mit äußerster Vorsicht genießen, da neue Reserven immer dann auftauchen, wenn die Aussicht auf Profit besteht). In jedem Fall hat die imperialistischen Herrscher die Perspektive eines plötzlichen Rückgangs von importierten Erdölvorräten - eine äußerst reale Perspektive angesichts einer erneuten Intensivierung innerimperialistischer Rivalität - viel unmittelbarer beunruhigt.

Bei den Westmächten entspringt die Hinwendung zur Kernenergie der wirtschaftlichen Konkurrenz und ist letztendlich Teil einer Tendenz hin zur wirtschaftlichen Autarkie auf dem Weg zu einem neuen imperialistischen Krieg. Für kleinere und wirtschaftlich rückständigere kapitalistische Nationen sind die Bemühungen, sich die Kernspaltungstechnologie zu sichern, eine einfache Widerspiegelung des Wunsches, alles Nötige zum Bau von Kernwaffen zu erhalten. Israel, Südafrika und Indien sind typische Beispiele.

Sicherlich sind die auf dem Stand der gegenwärtigen Technologie entwickelten Kernreaktoren nur eine Antwort auf die unmittelbare Situation, bieten aber keine Lösung für die allmähliche Erschöpfung der fossilen Brennstoffe. Beim herkömmlichen Reaktor ist der Verbrauch des Brennmaterials sehr unökonomisch, da nur 0,5 Prozent der gespeicherten Energie freigesetzt wird, und er ist deshalb weit davon entfernt, der „letzte“ Generator zu sein. Es gibt schon jetzt „Vorhersagen“, wonach hochprozentige Uranerzreserven bis zum Ende des Jahrhunderts in Brennern aufgebraucht sein werden. Im Kapitalismus kann sich das Drama der Ölkrise durchaus im Bereich der Kernenergie wiederholen, sogar mit den gleichen Akteuren: die Hälfte aller amerikanischen Uranreserven gehört den Ölmonopolen.

Derartige Visionen zukünftiger Engpässe sind nicht sehr appetitlich für den Rest der Bourgeoisie. Dies hat zu Vorschlägen für die Umwandlung in eine „Plutoniumwirtschaft“ geführt, zuerst über die Rückführung von spaltbarem Plutoniumabfall, der in Uranbrennern erzeugt wird, gefolgt von der Entwicklung von „Brut“reaktoren, die nicht spaltbares U-238 in Plutonium umwandeln und mehr Brennstoff produzieren, als sie selbst verbrauchen. Der Energiegewinn gegenüber den auf gegenwärtiger Technologie basierenden Brennern könnte damit bei gleicher Brennstoffmenge hundertmal größer sein. Darüberhinaus könnte die potentiell verfügbare Energie insgesamt um viele Größenordnungen gesteigert werden, weil in Brutreaktoren geringer angereicherte Reserven verwendet werden können, möglicherweise einschließlich einfachen Gesteins (das Uran, das man zu 99,3 Prozent in der Natur findet, ist U-238, und Spuren davon sind überall in der Erdkruste vorhanden).

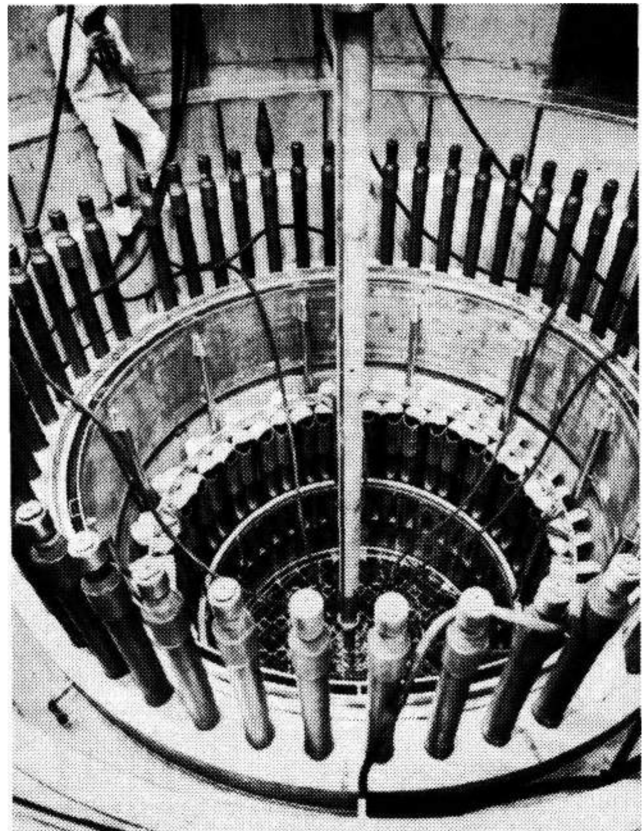
Wer sind die nuklearen Terroristen?

Das Gespenst einer Plutoniumwirtschaft stellt den primären Katalysator für eine gewisse Besorgnis in Kreisen der Bourgeoisie und des technischen Establishments dar, die mit Programmen für die Umstellung auf Kernenergie befaßt sind. Der immer wiederkehrende Refrain ist der „faustische Handel“ des Physikers Alvin Weinberg: Energie auf Kosten des Überlebens der Arten. Da der Löwenanteil aller Ausgaben für die Energieforschung in den USA kürzlich in die Entwicklung eines Brutreaktors gesteckt wurde, der mit Flüssigmetall gekühlt wird, sind Kritiker darüber besorgt, daß ein „nicht wieder rückgängig zu machendes Engagement“ einer sorgfältigen Einschätzung der Risiken zuvorkommt.

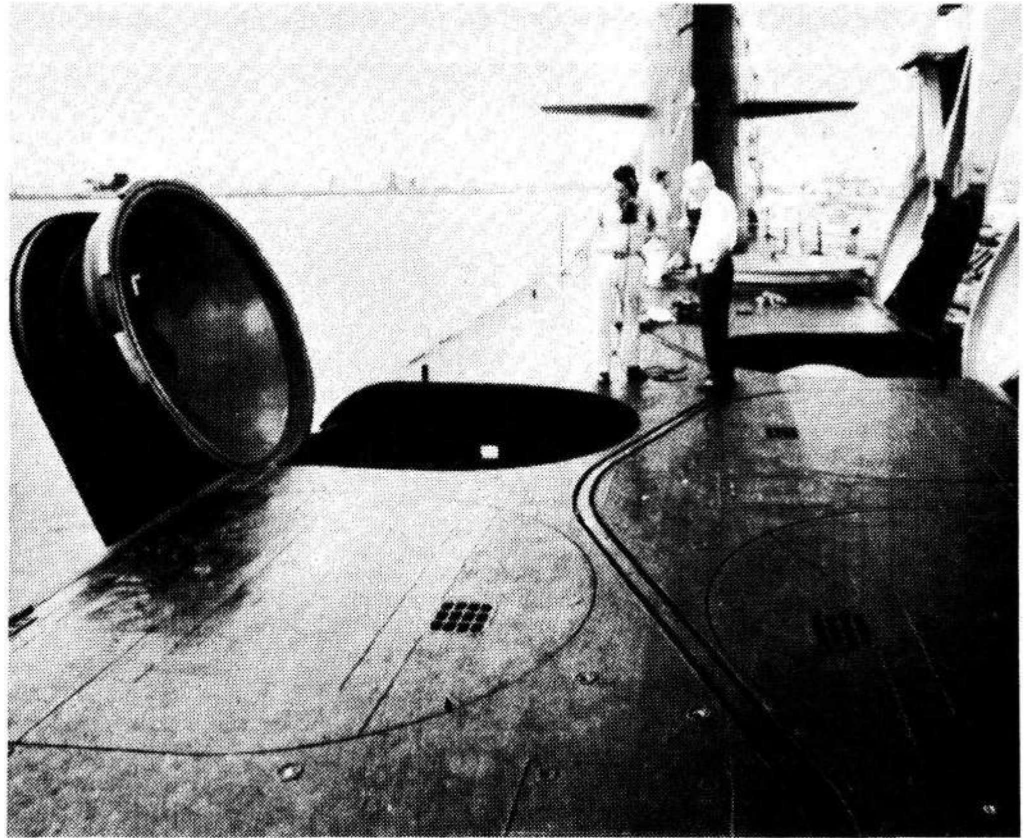
Plutonium ist ein hochwertiges Material für Waffen. Die Bourgeoisie und ihr technisch-wissenschaftliches Establishment befürchten, daß die Notwendigkeit der Wiederaufbereitung, Lagerung und des Transports von Plutonium die Möglichkeit nuklearer Erpressung durch eine „Terroristen“-gruppe eröffnet, die im Besitz der Atombombe ist. Diese Furcht kommt in der offiziellen Politik durch die Ankündigung der Atomaufsichtsbehörde (NRC - Nachfolgeorganisation der AEC) zum Ausdruck, neue Sicherheitsmaßnahmen in Atomanlagen einzuführen, einschließlich der Ausstattung des Wachpersonals mit halbautomatischen Gewehren und einer „allumfassenden Untersuchung des Vorlebens“ der Angestellten der Anlage.

Zusätzlich befürchten dieselben Kreise, daß der Export von Spaltmaterial, Wiederaufbereitungs- oder Anreicherungsanlagen dazu führt, daß alles zur Produktion von Kernwaffen Notwendige in die ehemaligen Kolonialländer gelangt. Das kürzlich von den USA erhobene Geschrei über den Verkauf solcher Anlagen von Frankreich an Pakistan widerspiegelt den wirkungslos gebliebenen Versuch des amerikanischen Imperialismus, das beinahe ausschließliche Monopol der imperialistischen Mächte über den nuklearen Terror aufrechtzuerhalten. Ein reuiger Giscard hat Verfehlungen dieser Art für die Zukunft abgeschworen.

Die Befürchtungen bürgerlicher Kritiker und der Schüler des „Manhattan-Projekts“, daß die Umstellung auf plutoniumbetriebene Reaktoren zu einer Verbreitung von Atomwaffen führen könnte, ist reine Heuchelei, insofern als die Imperialisten selbst die größten „Händler des Todes“ sind. Eines der unmittelbarsten Resultate aus den in die Höhe schießenden Einkünften der Ölpotentaten des Nahen



Brennelemente eines Reaktors



Raketenschacht eines amerikanischen Atom-U-Boots. Gegen die Atomwaffen des Imperialismus demonstrieren die kleinbürgerlichen AKW-Gegner nicht.

Ostens ist seit 1973 eine Mammuteinfuhr von hochentwickelten westlichen Waffen in dieses Gebiet. Und man sollte nicht vergessen, daß es Frankreich und die BRD waren, die Südafrika, Brasilien und Israel mit nuklearem Potential versorgten.

Einer der Hauptkritiker, die von „nuklearer Erpressung" sprechen, und die gegen die Verbreitung von Atomenergie sind, ist Theodore Taylor, ein führender amerikanischer Waffenkonstrukteur der 50er Jahre. Er ist von der Vorstellung besessen, daß Terroristen Plutonium entwenden könnten, um es zur Erpressung der westlichen „Demokratien" zu schändlichen Zwecken zu mißbrauchen (Taylor zitiert den Fall eines dreizehnjährigen Jungen, der behauptete, eine Atombombe gebaut zu haben. Er hatte eine genaue Zeichnung angefertigt, um seine Geschichte zu untermauern und drohte, Miami in die Luft zu sprengen, wenn die Stadt nicht eine Million Dollar zahlen würde). Ein passenderes Objekt für Dr. Taylors Besessenheit wären in der Tat die zerstörerischen Fähigkeiten, die auch mit seiner Hilfe der amerikanischen Bourgeoisie zugänglich gemacht wurden und die Nagasaki mit einer Atombombe in Schutt und Asche legten.

Die größte überwältigendste atomare Gefahr, mit der die Welt konfrontiert ist, rührt nicht von der Existenz von Atomkraftwerken her, sondern von der Tatsache, daß die imperialistischen Mächte, allen voran die USA, Atomwaffen besitzen. Die Verbreitung von Atomwaffen unter den kleineren kapitalistischen Mächten erhöht natürlich die Gefahr, daß diese von desperaten Bourgeoisien in nationalen Kriegen angewandt werden. Die Bedrohung für die internationale Arbeiterklasse ist offensichtlich.

Gleichzeitig verteidigen wir ganz entschieden die Notwendigkeit einer Atomwaffentechnologie (einschließlich aller notwendigen dazugehörigen Testprogramme) für die Sowjetunion, China, Vietnam und die anderen deformierten Arbeiterstaaten. Die Antwort auf die Gefahren eines Atomkrieges liegt nicht in imperialistisch-pazifistischen Abkommen über die „Nichtverbreitung" von Atomwaffen oder in Testverboten, sondern in der Zerstörung des Kapitalismus durch die revolutionäre Aktion des internationalen Proletariats.

Bürgerliche Umweltschutzheuchelei

Die Antiatom"bewegung" entspricht zumindest mit der Sorge um Sicherheit der Realität. Angesichts der Bereitwilligkeit, mit der Unternehmen Sparmaßnahmen auf Kosten der Sicherheit durchführen, um die Profite zu maximieren, während „Aufsichtsbehörden die Augen vor dieser Tatsache verschließen, ist sicherlich viel mehr Wachsamkeit erforderlich, da verheerende nukleare „Unfälle" in jedem Fall eintreten werden, und die Unterordnung unter das Profitmotiv nur dazu führt, die Zahl solcher furchtbaren Zwischenfälle zu erhöhen.

Aber dennoch bleibt die Antiatombewegung ein liberaler, utopischer und heuchlerischer Betrug und ein Ablenkungsmanöver, gerade weil sie die reale Gefahr eines Atomkrieges übersieht. Die Imperialisten halten zehntausende von Atomwaffen in ihren Händen; der schwerste Reaktorunfall würde im Vergleich zur Explosion einer einzigen dieser Atomwaffen in den meisten Fällen eher wie eine kleinere Panne aussehen. Die fromme Sorge über die Möglichkeit eines schweren Unfalls als Resultat eines Versagens von Reaktorsystemen oder Leckagen von Atommüllagern ist eng verbunden mit dem rührenden Glauben an den angeblich guten Willen eines John F. Kennedy, Lyndon B. Johnson, Richard Nixon und seinesgleichen, die gemeinsam die Verantwortung für das Abschlachten von Millionen Menschen in Südostasien tragen.

Die gleiche Heuchelei, wenn auch im kleineren Maßstab, offenbart sich in anderen Befürchtungen liberaler Ökologen. Ein typischer Fall ist die empörte Opposition in den USA gegen das britisch-französische Überschallflugzeug Concorde,sSie sei laut und verpeste die Stratosphäre, so werden wir

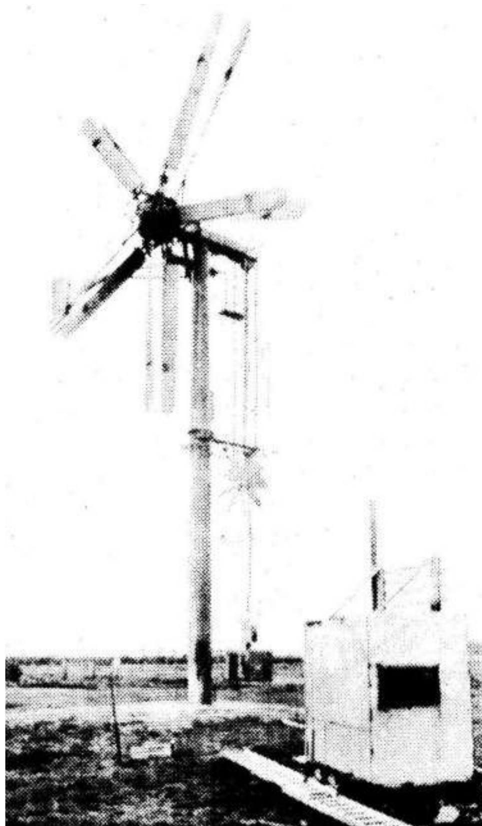
Fortgesetzt auf Seite 18

Pfaffen, Bauern, Bonzen, Grafen

Anti-AKW-„Bewegung“: Zurück zur Natur!

Pfaffen, Bauern, FDP- und CDU-Bonzen, Ökologisten, schleswig-holsteinische Sozialdemokraten, Grafen und die deutsche „Linke“ — seit dem Herbst letzten Jahres marschieren sie gegen die „Teufelswerke“ in Brokdorf „und anderswo“. Ausgehend von berechtigten Sicherheitssorgen predigt diese kleinbürgerliche Bewegung die Abschaffung aller Atomkraftwerke (AKW) und wendet sich gegen Technologie überhaupt. Der bundesdeutsche Futurologe Robert Jungk sieht bereits den unheilvollen „Atomstaat“ heraufziehen. In Deutschland ist die Antiatomhysterie ausgebrochen. Die „revolutionäre Linke“, demoralisiert und isoliert von der deutschen Arbeiterklasse, erhebt den von ihr mitgetragenen und zum Teil sogar selbst initiierten Protest der reaktionären Bürgerinitiativen zur „Bewegung“, in der Hoffnung, sie zum Ersatzbetätigungsfeld anstelle ihrer erfolglosen Aktivitäten in der Arbeiterklasse machen zu können.

Die bundesdeutsche Bourgeoisie wiederum, in Hinblick auf kommende *tatsächliche* Klassenauseinandersetzungen mit dem *Proletariat,* probt den Bürgerkrieg. Unter dem Vorwand, Demonstrationsteilnehmer vor Gewaltanwendung „radikaler Gruppen“ zu schützen, mit dem Ziel, die „pazifistischen“ und die „militanten“ Elemente der Bürgerbewegung voneinander zu isolieren, wurden zu den Demonstrationen in Brokdorf und schließlich am 19. März in Grohnde tausende von schwerbewaffneten Polizei- und Bundesgrenzschutzmannschaften, weiterhin Einheiten des berüchtigten Mobilen Einsatzkommandos (MEK) zusammengezogen und in den Einsatz geführt.



Windmühle auf Sylt: das Rad der Geschichte zurückdrehen.

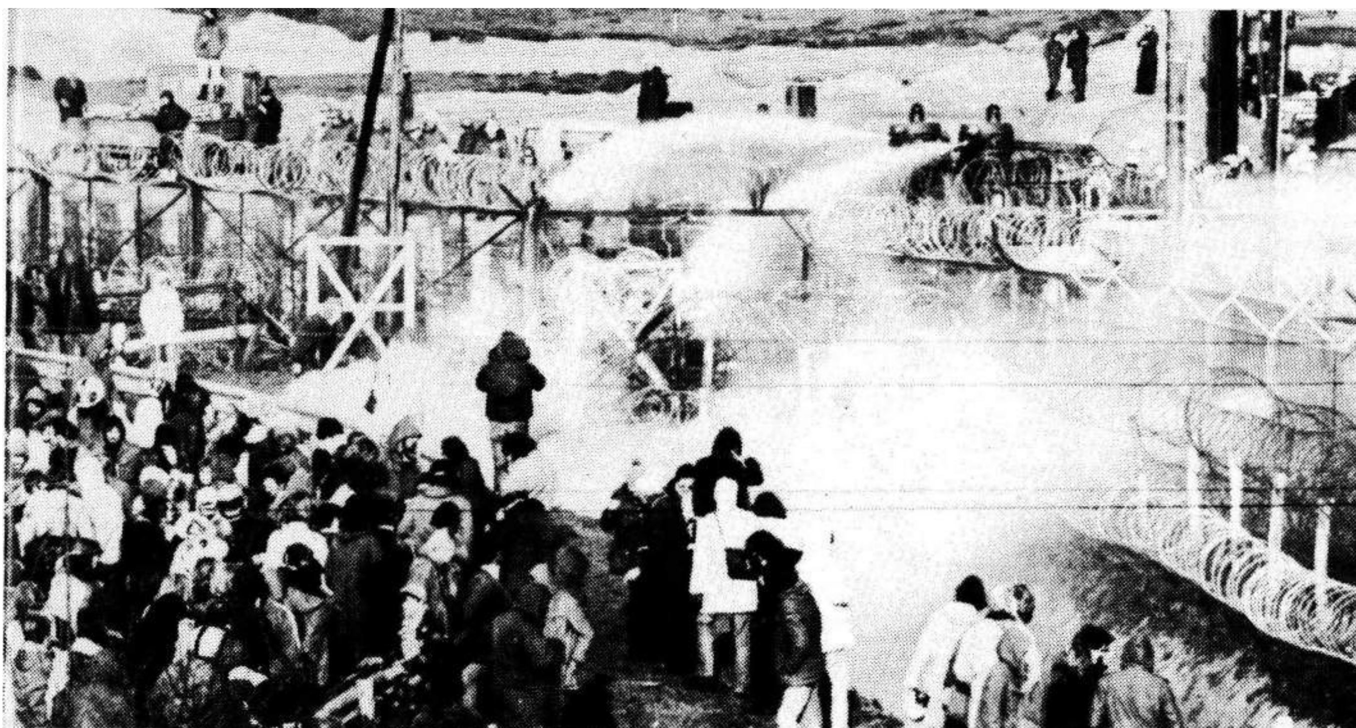
Das Demonstrationsverbot in Brokdorf am 19. Februar und die wütende Hetze der bürgerlichen Journaille gegen die in den Bürgerinitiativen untergetauchten „revolutionären“ Organisationen stehen in engem Zusammenhang mit dem Stammheimer Prozeß, jetzt erneut durch Abhöraktionen dramatisch zugespitzt, der Aufdeckung der Zusammenarbeit von SAVAK und Verfassungsschutz und Versuchen der Illegalisierung des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW).

Während wir gegen die militärischen Provokationen der Bourgeoisie in Brokdorf und Grohnde schärfstens protestieren, unterstützen wir in keiner Weise, weder politisch noch organisatorisch, den Kampf gegen die Atomkraftwerke. Die Anti-AKW-Bewegung stellt weder, wie der KBW ständig zu interpretieren bemüht ist, einen Kampf „der Volksmassen“ gegen den bürgerlichen Staat dar, noch kulminiert sie in auch nur entferntester Weise in einer antikapitalistischen „Dynamik“, wie die Gruppe Internationale Marxisten (GIM) ständig skandiert. Es handelt sich vielmehr um eine kleinbürgerlich-utopische reaktionäre Bewegung, deren politische Grundlage der Versuch ist, die Entwicklung kapitalistischer Technologie an einem bestimmten Punkt zu stoppen und rückgängig zu machen. Akzeptiert man die Hypothese, daß Kernenergie schlechthin, aufgrund einer ihr immanenten Logik, Widerspruch zur Aufrechterhaltung des natürlichen ökologischen Gleichgewichts bzw. eminenter Sicherheitsinteressen steht, muß man konsequenterweise auch die implizite Notwendigkeit anerkennen, gegen *alle* Errungenschaften des technischen Fortschritts Sturm zu laufen.

Eine erste obskure Variante ist in Westberlin Wirklichkeit geworden, wo Bürgerinitiativen den Bau eines *Kohle*kraftwerks im Spandauer Forst zu verhindern suchen (nach dem Motto „Kein Kraftwerk an der Oberhavel oder anderswo“). Werden demnächst Initiativen entstehen, die einen solch rigiden Begriff von Umweltschutz auf die gesamte Kohleindustrie (Ruhrgebiet) anwenden oder wegen der Seveso-Ereignisse die ganze chemische Industrie vom Planeten verbannen wollen? Nun, die Arbeiterklasse würde diese späten Jünger Rousseaus dorthin befördern, wohin sie gehören — auf den Misthaufen der Geschichte!

Wir Kommunisten übernehmen keine Verantwortung für die Lösung der Energieprobleme der Bourgeoisie. Wir wissen auch, daß die Bourgeoisie bei den Anlagen der Atomindustrie *wie in jedem anderen Sektor der Industrie* nicht auf die Sicherheit der dort Arbeitenden bedacht ist, und wir fordern deswegen die gewerkschaftliche Kontrolle über die Sicherheitsvorkehrungen. Bei besonders gefährlichen Anlagen treten wir für deren Schließung ein.

Aber als Kommunisten stellen wir uns nicht dem technischen Fortschritt an sich entgegen - die zukünftige



Brokdorf: Polizeiterror gegen AKW-Gegner

sozialistische Gesellschaft kann nur auf materiellem Überfluß basieren und bedarf daher der Entwicklung aller möglichen Technologien. Der Kampf darf sich nicht gegen die Atomkraftwerke richten, sondern muß gegen diejenigen geführt werden, in deren Besitz sie sich befinden.

So richten sich denn auch Atomwaffen in Händen der raubgierigen, imperialistischen Bourgeoisie gegen die Menschheit, in Händen eines Arbeiterstaates sind sie dagegen ein notwendiges Verteidigungsinstrument. Das Problem reduziert sich auf die Krise der revolutionären Führung - der Aufbau der revolutionären trotzkistischen Partei als Sektion der wiederzuschaffenden Vierten Internationale ist die einzig mögliche Lösung.

Westdeutsche Linke im Schlepptau der Ökologisten

Die Bewegung der Bürgerinitiativen, die sich heute gegen die Entwicklung der Atomenergie stellt, um das Rad der Geschichte zurückzudrehen, glaubt, innerhalb der Grenzen des Kapitalismus diesem vorschreiben zu können, was und wie er zu produzieren habe. Ihr hinterher trotten fast alle Organisationen der westdeutschen und westberliner Linken, die ihre vorgeblich sozialistische Perspektive dem Kampf gegen die Technologie unterordnen.

Am markantesten tritt die pseudotrotzkistische GIM hervor, die mit der Begründung, die Einheit einer möglichst breiten und umfassenden Bewegung bewerkstelligen zu wollen, selbst die Reste ihrer klassenkämpferischen Phraseologie fallengelassen hat.

So schreibt die GIM: „Etwas mulmig wird es einem ja dabei, gemeinsam mit Grafen und Großgrundbesitzern das Atomprogramm der Bundesregierung bekämpfen zu müssen (und gleichzeitig durch diesen Kampf de facto dem Herrn Grafen seinen riesigen Besitz an Grund und Boden zu bewahren). Aber das muß man hinnehmen, denn zur Zeit steht noch nicht die Enteignung der Grafen auf der Tagesordnung, sondern die Verhinderung einer Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben und anderswo" (was *tun,* Nr. 148, 3. Februar 1977). Sie polemisiert gegen den KBW, der eine von vornherein „antikapitalistische" Ausrichtung fordere. „Würde er damit durchkommen ... so würde er die vielen, die sich zunächst längst nicht gegen den Kapitalismus insgesamt wenden, wenn sie gegen das KKW auftreten, genauso von vornherein ausschließen" *(was tun,* Nr. 137, 16. Dezember 1976). In reine Scharlatanerie artet es schließlich aus, wenn die GIM sich gegen die Industrialisierung „nördlich und südlich der Unterelbe" (was *tun,* Nr. 132, 11. November 1976) ausspricht.

Die GIM kapituliert vollständig vor dieser kleinbürgerlichen Bewegung, degeneriert mithin durch ihren Flirt mit Grafen und Großgrundbesitzern zu einer Pressure group in innerbürgerlichen Auseinandersetzungen. Würde die GIM Hand in Hand mit der Ruhrkohle-AG den Bau von Atomkraftwerken bekämpfen? Auf Grund ihres Ansatzes, den Kampf gegen das Energieprogramm der Bundesregierung als Priorität der Perspektive der entschädigungslosen Enteignung der Energieindustrie entgegenzusetzen, zweifellos ja. Jede Methodik, die die Schlagkraft politischer Kämpfe in der bloßen Breite sucht, anstatt sie programmatisch um die Notwendigkeit zu klassenspezifischer Konfrontation zu orientieren, muß in Opportunismus vor den Interessen der rechtesten einbezogenen Elemente enden. Diese Methodik beherrscht die GIM mit Perfektion und verletzt konsequenterweise mit ihrer völlig unkritischen Übernahme der Losung „Kein AKW in Brokdorf und anderswo" das Prinzip der Verteidigung der materiellen Grundlagen der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten, indem sie sich mit den Vaterlandsverteidigern von KPD und KPD/ML, die die Beseitigung der Atomkraftwerke in der DDR fordern, in einen Block begibt. Die Kapitulation bei Brokdorf ist ein weiterer Meilenstein im Zersetzungsprozeß dieser sich nach rechts entwickelnden zentristischen Organisation, die unfähig ist, auf die wirklich drängenden Fragen revolutionärer Politik eine Antwort zu geben.

Ebenfalls, zwar mit Verspätung, in den Sog der Anti-AKW-Bewegung geraten ist der Spartacusbund. Begrüßt von der wohlwollenden Anerkennung des Kommunistischen Bundes (KB) („Klein aber oho?“, *Arbeit erkämpf* Nr. 100), sieht er die nächste und wichtigste Aufgabe darin, eine Diskussion zu forcieren, durch die die Bewegung sich selbst politisch bewaffnen soll: „... politische Klärung und Vereinheitlichung beim Kampf gegen das Atomenergieprogramm der Regierung (sind) zu erreichen“ *(Spartacus*-Extra). Nun, dieser inhaltsleere Ratschlag, der eher technisch relevant als politisch zugespitzt ist, klammert den Spartacusbund als politischen Faktor aus und versetzt ihn bestenfalls in die Funktion eines Korrektivs — hat er die kleinbürgerlich utopischen Prämissen der Bewegung erst anerkannt, bleibt ihm keine Wahl als das Absurdum politischer Klärung zum Zwecke der Vereinheitlichung dort zu propagieren, wo die Einheit gerade auf einem jede politische Klärung ausschließenden Minimalkonsens basiert. Aber was stört das den Spartacusbund, „erweist“ es sich für ihn doch „immer deutlicher“, daß „jede fortschrittlich Forderung des Kleinbürgertums unausweichlich über die Grenzen des kapitalistischen Eigentums und des bürgerlichen Staates hinausführt“ *{Spartacus* Nr. 35, 25. März)! Auf der Suche nach einer neuen Respektabilität in der Linken geht der Spartacusbund zunehmend faule Propagandablöcke mit Kräften wie dem Kommunistischen Bund und der GIM ein (Brokdorf, Russel-Komitee, Autonomie der Frauenbewegung) und illustriert auf diese Weise seinen politischen Bankrott, seine Unfähigkeit, sich als trotzkistischer Klassenpol in der Arbeiterbewegung zu profilieren.

Die Rolle des KB entspricht seinem Selbstverständnis als Koordinator und Souffleur populistischer Massenbewegungen. Konsequenz seiner programmfeindlichen Politik ist nicht nur seine Unfähigkeit, den Klassencharakter der der Anti-AKW-Bewegung überhaupt zu problematisieren, geschweige denn eine Antwort zu finden (nach dem Motto: Je breiter eine Bewegung, umso richtiger und fortschrittlicher muß ihr Anliegen sein). Am deutlichsten tritt sein analytisches Unvermögen, die Klassenlinie zu ziehen, dort hervor, wo er, im Verein mit der KPD und KPD/ML, welche von den KB-Kritikastern schon vor geraumer Zeit aus der Arbeiterbewegung „verbannt“ wurden, in seiner hysterischen Hetze gegen den KBW, diesen als faschistische und Spitzelorganisation denunziert, und somit objektiv zum Helfershelfer der jüngsten Angriffe der Bourgeoisie wird. Ohne das blinde Abenteurertum und den politischen Gangsterismus des in rapidem Zerfall begriffenen KBW zu verteidigen, muß diese Organisation dennoch als Teil der Arbeiterbewegung gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates verteidigt werden. Die Antwort der Arbeiterbewegung auf Ankündigungen bürgerlicher Politiker, wie des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht, untersuchen zu lassen, ob der KBW als „Initiator“ der gewaltsamen Auseinandersetzungen in Grohnde am 19. März als kriminelle Vereinigung deklariert und verboten werden müsse, kann nur die Bildung einer Einheitsfront gegen diesen Schritt zur Illegalisierung einer Organisation der Linken sein. Sollte die GIM, sofern sie die Notwendigkeit erkennt, die Arbeiterbewegung gegen diese Angriffe zu organisieren, auch auf die Polizeigewerkschaft zurückgreifen wollen, die sie erst kürzlich (in *was tun* Nr. 131, 4. November 1976) als legitimen Bestandteil der Arbeiterbewegung und noch relativ „linken“ Flügel bezeichnet hat, so sei in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß gerade die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in den letzten Tagen am schärfsten die Forderung nach einem Verbot des KBW und aller anderen Organisationen bis zur DKP formuliert hat. Diese Henker der Arbeiterbewegung haben nichts in den Gewerkschaften zu suchen; als bewaffneter Arm der Bourgeoisie stehen sie auf der anderen Seite der Klassenbarrikade!

Flucht in kleinbürgerlich-utopische Bewegungen, Untertauchen in Propagandablöcken und Sektierertum sind die Garantien für eine schwerwiegende Niederlage der Arbeiterbewegung und öffnen der Reaktion Tür und Tor. Während die vorgeblich revolutionären Organisationen einer „Zurück- zur-Natur“-Philosophie und der Maschinenstürmerei erliegen, wetzt die Bourgeoisie ihre Messer. €

Atomenergie...

Fortsetzung von Seite 14

ganz richtig informiert. Wir möchten sogleich darauf hinweisen: genau das tun die viel zahlreicheren Überschallmilitärflugzeuge auch, die das amerikanische Militär seit über zwei Jahrzehnten verwendet.

Der Tumult, der um die Concorde ausgebrochen ist, hat viel weniger mit der Ruhe der Hauseigentümer in Queens (einem New Yorker Vorort) als vielmehr mit dem sauren Apfel zu tun, in den die Boeing-Fluggesellschaft nach der Annullierung des amerikanischen SST-Programms beißen mußte, und mit den Bemühungen, das fast ausschließliche Monopol über den Bau von kommerziell genutzten Flugzeugen in der kapitalistischen Welt aufrechtzuerhalten. Das wirkliche Problem der Concorde ist ihre zahlenmäßig geringe Passagierkapazität.

Sieht man einmal von der Heuchelei ab, so gibt es eine materielle Basis für das gewachsene „ökologische“ Bewußtsein der Bourgeoisie, einschließlich ihrer verspäteten aber realen Befürchtungen in puncto Sicherheit von Kernkraftwerken. Man hat ganz einfach herausgefunden, daß durch den Betrieb vieler moderner Industrien nicht nur die Arbeiter, sondern alle Klassen der Gesellschaft, einschließlich der Bourgeoise, den schädlichen Auswirkungen der industriellen Verschmutzung ausgesetzt sind.

Ein schwerer Unfall auch in einem entfernteren Kernkraftwerk könnte Tausende den gefährlichen Dosen von Radioaktivität aussetzen, einschließlich derer, die in den eleganten Villenvororten Kilometer vom Ort des Kraftwerkes entfernt wohnen. Während die Kapitalisten den schlimmsten Arbeitsbedingungen in ihren Fabriken keine Beachtung schenken, machen sie sich Sorgen, wenn Umweltgifte, die aus dem industriellen Prozeß entstehen, offensichtlich nicht nur ihre Lohnsklaven, sondern auch sie selbst betreffen.

Die Sicherheitsfrage

Es gibt zwei Hauptgefahren beim Betrieb von Kernkraftwerken. Sollten alle Reaktorkühlsysteme versagen, dann schmilzt der Reaktorkern. Dies kann schließlich zur Freisetzung von großen Mengen tödlicher Strahlung führen. Kein solcher „größter anzunehmender Unfall“ („GAU“) ist bisher passiert, obwohl es eine Anzahl kleinerer Kühlsystemfunktionsstörungen gegeben hat. Ein Verlust des Kühlmittels in einem „Brut“reaktor hätte möglicherweise noch verheerendere Folgen. Die Konzentration von Plutonium in einer solchen Anlage ist groß genug, um möglicherweise zu einer niederenergetischen Explosion zu führen, die Tonnen von radioaktiven Spaltprodukten und explosivem flüssigen Natrium freisetzen würde.

Die Atommüllagerung ist das zweite Hauptproblem. Plutonium, das hochgradig giftig ist, hat eine Halbwertzeit von 24 000 Jahren und muß mehrere hunderttausend Jahre von der Biosphäre isoliert werden. Die amerikanische Energie- forschungs- und Entwicklungsbehörde (ERDA) läßt verlautbaren, daß die Technologie für eine sichere Lagerung von hochprozentigem radioaktiven Abfall existiere, daß ständige Lager in Salzbergwerken eingerichtet worden seien, Leckagen jedoch habe es in provisorischen Lagerstätten gegeben.

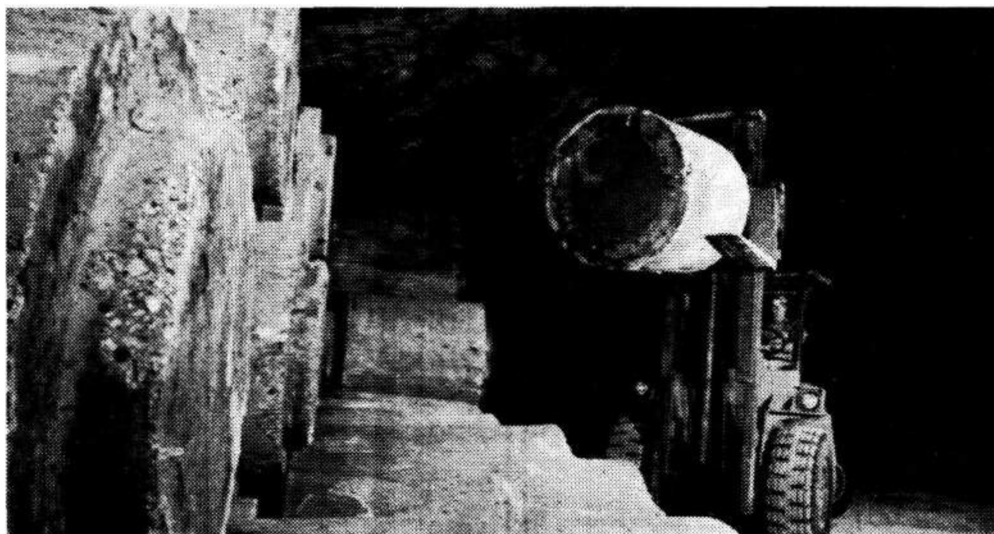
Die sicherheitstechnische Debatte ist zu einer hysterischen Verwirrübung geworden — sowohl seitens der Regierung und der Wissenschaftler der Industrie als auch ihrer Gegner in der Umweltschutzbewegung. Der Rücktritt, kurz vor dem Referendum in Kalifornien im Juni letzten Jahres, dreier Ingenieure von General Electric und einem Sicherheitsbeauftragten bei der NRC, die damit ihren Protest gegen die unzulänglichen Sicherheitsmaßnahmen in der Atomenergieindustrie zum Ausdruck brachten, wurde seitens einer ganzen Reihe von Nobelpreisträgern der Physik mit der lautstarken Unterstützung der Kernenergie beantwortet.

Ebenso reagierte eine ganze Anzahl von Wissenschaftlern auf die Veröffentlichung des „endgültigen“ Rasmussen-Berichts der AEC, der das Eintreten eines „GAU“ für äußerst unwahrscheinlich hält, mit Zweifeln an dieser Einschätzung. Das extremste Beispiel nuklearer Furcht ist Westdeutschland, wo Kernkraftgegner den stark übertriebenen „Befund“ einer spekulativen Regierungsstudie, die als mögliches Ergebnis eines Reaktorunfalles von 30 Millionen Toten spricht, für bare Münze genommen haben und in die Welt ausposaunen.

Wir wollen weder zu den aufgeworfenen technischen Fragen Stellung beziehen, noch unterbreiten wir dem Kapitalismus Vorschläge hinsichtlich der besten Methode zur Energiegewinnung. Wie die kürzliche „Knappheit“ an Erdgas (in den USA) beweist, macht die anarchische Produktion unter dem Kapitalismus die Energiekrise“ unvermeidlich.

Der Kapitalismus erschwert auch die Wahl eines kleineren Übels. Wahrscheinlich sterben jährlich Tausende an den Folgen der Umweltverschmutzung, die durch das Verbrennen schwefelhaltiger Kohle und Öl verursacht wird. Darüberhinaus ist der Prozentsatz von Bergarbeitern in den USA, die durch Bergwerksunfälle umkommen oder an Silikose sterben, äußerst hoch (obwohl man in westeuropäischen, polnischen und sowjetischen Bergwerken diese Todesfälle drastisch reduziert hat). Was Katastrophen größeren Ausmaßes anbelangt: der Bruch des hydroelektrisch betriebenen Staudammes bei Sacramento könnte zu ca. 260 000 Toten führen. Der beinahe Bruch des Staudammes am unteren San Fernando bedrohte 1971 das Leben von 80 000 Menschen. Sowohl die Wahrscheinlichkeit eines solchen Ereignisses als auch das mögliche Ausmaß an Zerstörung als Folge einer derartigen Katastrophe könnten jene eines „GAU“ bei weitem übertreffen. Wenn man die Zahl der Menschen, die an den Folgen von Luftverschmutzung durch konventionelle Kraftwerke, Bergwerksunfällen, Silikose, Staudammbrüchen usw. umgekommen sind, addiert, wird offensichtlich, daß es — auch bei Verwendung von fossilen Brennstoffen und hydroelektrischer Energie im Vergleich zur Kernenergie - keine Garantie für eine allumfassende Sicherheit gibt. Die Kernenergie könnte tatsächlich durchaus sicherer sein.

Wir treten überall für Sicherheit ein und prangern die Unfähigkeit des Kapitalismus an, für sie zu sorgen. Einerseits mangelt es an Beweisen, daß die Kernenergie eine



Atommüllager in Asse, Niedersachsen

solche Gefahr darstellt, die ein direktes Verbot für den Bau, den Betrieb oder sogar einen allgemeinen Baustopp von Kernkraftwerken rechtfertigen würde, wie dies von westdeutschen Demonstranten gefordert wird. Andererseits unterstützen wir die Stoßrichtung der jüngsten Wählerinitiativen, die die Unternehmen für nukleare Unfälle voll haftbar machen wollen, und die sich dafür einsetzen, daß die Bauplätze erst nach einer adäquaten Untersuchung der spezifischen Reaktorsicherheitsprobleme und Atommülllagerrisiken ausgewählt werden.

Solche Maßnahmen, bei denen die letzte Entscheidung der Legislative anheimgestellt wird, stellen sicherlich keine Sicherheitsgarantie dar. Das Erbe der Atomindustrie - von der Verwendung radioaktiven Gesteins für den Hausbau in Grand Junction, Colorado, bis zum mysteriösen Tod von Karen Silkwood, der Sicherheitsbeauftragten der Öl-, Chemie- und Atomgewerkschaft — ist ein abscheuliches Beispiel kapitalistischer Barbarei. Wir fordern die gewerkschaftliche Kontrolle über die Sicherheitsbedingungen in allen industriellen Bereichen.

Kapitalisten nehmen Abstand von Kernenergie

Natürlich kann der niedergehende Kapitalismus keine Antwort auf die allmähliche Erschöpfung der fossilen Brennstoffreserven geben. Aber die Umstellung auf Kernenergie für die gesamte Elektrizitätsproduktion stellt nicht einmal ansatzweise eine Lösung des Problems dar. Die Elektrizität wird nur ein Drittel des geplanten Energieverbrauchs für das Jahr 2 000 ausmachen. Der Rest - die Energie für Transport, Heizung und den industriellen Betrieb - wird immer noch von fossilen Brennstoffen abhängen.

Das jüngst bekundete Interesse der Bourgeoisie an der Kernenergie ist teilweise auf die Tatsache zurückzuführen (wenigstens in Frankreich und den USA), daß sie jetzt mit der Energieproduktion in Kohlekraftwerken konkurrenzfähig ist. Aber auch die Kernindustrie wird in zunehmendem Maße krisenanfälliger. Die Ausgaben für Kernenergie erreichen schwindelnde Höhen. Der Preis für Uran hat sich seit 1973 vervierfacht; die geschätzte Kapitalinvestition für eine 1000-Megawatt-Anlage wird in zehn Jahren das Vierfache betragen. Und dann sind da noch die unbekannten aber notwendigen Kosten für die Stillegung eines Reaktors.

Diese Kosten, und die Tendenz, die Umweltverschmutzungsnormen angesichts der Intervention der Industrie zu lockern, die relative Stabilisierung der Erdölpreise und die Aussicht auf endlose Kämpfe vor Gericht haben ihre Auswirkungen auf die Kernenergiepläne gehabt. Während in einer Reihe von Ländern die politische Entscheidung Vorrang behält, gibt es Anzeichen, daß die Bourgeoisie sich noch nicht endgültig schlüssig ist.

Am bedeutendsten ist der Umstand, daß 1976 in den Vereinigten Staaten keine neuen Aufträge für Kernreaktoren erteilt wurden, und daß sowohl Gerald Ford als auch Jimmy Carter eine Verzögerung von mehreren Jahren befürworten, bevor man sich hundertprozentig auf Plutonium festlegt. Die britische Behörde für Umweltverschmutzung, die von vielversprechenden Visionen über Öl in der Nordsee beflügelt wird, empfahl eine ähnliche Verzögerung. Gleichzeitig aber dürfte Jimmy Carters Ernennung des Allzweck-Falken James Schlesinger zu dessen Energieberater von den Umweltschützern wohl kaum mit Erleichterung zur Kenntnis genommen worden sein.

Während die Umstellung von einem Brennstoff auf einen anderen für die USA und Großbritannien möglich ist, sind Frankreichs Auswahlmöglichkeiten äußerst begrenzt; seine Ressourcen sind beschränkter, und es hat sich bereits stark für sein Brüter-Programm, den „Phenix“, engagiert. Giscard hofft jedoch, dieses Programm durch den Export von Technologien zu finanzieren, ein Plan, der seinen Freunden in der NATO alles andere als akzeptabel zu sein scheint.

Neo-malthusianische Pessimisten

Zur Energieerzeugung durch Kernspaltung sind eine Reihe von Alternativen vorgeschlagen worden - Sonnenenergie, Fusionsenergie, geothermische Energie, Gezeitenenergie, Öl aus Schieferton und Windmühlen. Von diesen muß eine Anzahl noch entwickelt werden, da teilweise ihre Entwicklung nicht angemessen finanziert wurde, während andere Formen der Energiegewinnung Anfangskapital- und Energieinvestitionen in einer Höhe erfordern würden, die ihre Rentabilität kurzfristig problematisch erscheinen lassen. Die wirkliche Alternative ist heute die zwischen Kohle (die noch jahrhundertelang im Überfluß vorhanden sein wird) und Kernenergie.

Die pessimistischeren bürgerlichen Kritiker wie die Ford Foundation in ihrem Energiepolitikprojekt drängen auf massive wirtschaftliche Veränderungen mit dem Ziel eines „Null- Energiewachstums“. Die Vorschläge der Ford-Gruppe sind äußerst utopisch, da sie von der Gültigkeit zweifelhafter wirtschaftlicher Modelle und einer Rationalität ausgehen, die dem Kapitalismus nicht innewohnt. Ein wichtiger Aspekt des „Null-Energiewachstums“ ist zum Beispiel die Reduzierung von Autos in Stadtzentren. Dieser Gedanke ist nicht neu, noch notwendigerweise im abstrakten Sinne falsch. Der Haken ist nur, daß sich die kapitalistische Realität in die entgegengesetzte Richtung entwickelt, d. h. in

Richtung auf erhöhte Kosten und Zerfall des Massentransportwesens.

Eine Reihe von Umweltschützern hat ebenfalls die Position des „Null-Wachstums“ übernommen. Abgesehen von der dubiosen Ökonometrie der Ford Foundation muß dies realistisch als der Ruf nach Sparmaßnahmen betrachtet werden. So weist der britische *Ecologist* lobend auf primitive Gesellschaften hin und polemisiert weitschweifig gegen den Marxismus, der den Sozialismus als eine Gesellschaft begreift, die — was für einen Vertreter des „Null- Wachstums“ einem Fluch gleichkommen muß - auf materiellem Überfluß als Ergebnis einer fortgeschrittenen Technologie basiert.

Von den wohlgenährten, gut bezahlten Befürwortern des „Null-Wachstums“ wird die Tatsache ignoriert, daß die überwiegende Mehrheit der Menschheit in elender Armut lebt. Ein Umweltschützer muß angesichts der Perspektive einer qualitativen Steigerung des Lebensstandards auf Weltebene - wie dies nach einer siegreichen internationalen proletarischen Revolution der Fall wäre - mit Schrecken erfüllt sein. Sowohl der pro-Kopf- als auch der Gesamtenergieverbrauch wird im Sozialismus um einige Größenordnungen höher sein als im Kapitalismus.

In diesem Zusammenhang ist es äußerst wichtig zu erwähnen, daß der Ruf nach „Null-Wachstum“ als Lösung für Energieprobleme in einer Zeit der Krise Sparmaßnahmen in einer kapitalistischen Wirtschaft unterstützt. Leider wird die Tragweite dessen von einigen linken Organisationen kaum erfaßt. So sieht die Schweizer Sektion des von Ernest Mandel geführten vorgeblich trotzkistischen Vereinigten Sekretariats (VS) in der „Bewegung für ein Null-Wachstum“ „eine vielversprechende Dynamik“; nämlich, daß „Massenaktionen“ (der Bewegung) „in der Praxis das normale Funktionieren des Systems in Frage stellen“. Wenn man erfahren will, wie diese „vielversprechende Dynamik“ in der Praxis aussieht, braucht man nur nach Schweden zu schauen, wo das antinukleare Sparprogramm „Zurück zur Natur und aufs Land“ der bürgerlichen Zentrumspartei mit dazu beigetragen hat, den Sturz der sozialdemokratischen Regierung vorzubereiten. Die schwedische VS-Gruppe reagierte darauf mit dem Vorwurf an die Zentrumspartei, diese wäre in ihrer Opposition gegen die Atomenergie nicht kategorisch genug.

Die Atomenergie ist weder die Büchse der Pandora noch ein Allheilmittel. In einem System, wo die Produktionsverhältnisse und die nationalen Grenzen als Barrieren für eine Weiterentwicklung der Produktivkräfte fungieren, erleidet sie das gleiche Schicksal wie alle anderen Formen der Technologie. Im Kapitalismus gibt es keine Lösung der „Energiekrise“. Die Arbeiterklasse leidet kurzfristig unter Umweltverschmutzung und Mangelerscheinungen als Resultat der herrschenden Anarchie in Versorgung und Verteilung unter der kapitalistischen Produktion; langfristig wird sie die gleichermaßen fatalen Auswirkungen in Umwelt und Wirtschaft zu spüren bekommen, die aus dem Fehlen einer rationalen wissenschaftlichen Bewirtschaftung der Rohstoffquellen und der Technologie resultieren.

Der historische Pessimismus, der von Befürwortern eines „Null-Wachstums“ zum Ausdruck gebracht wird, widerspiegelt kein Naturgesetz sondern ist vielmehr tief in der bürgerlichen Gesellschaft verwurzelt. In Wirklichkeit sind die physikalischen Möglichkeiten zur Energieproduktion unbegrenzt. Die hauptsächliche bekannte Energiequelle im Universum ist die Kernfusion - die Umwandlung von Wasserstoff in Helium (d. h; die Energie, die von der Sonne ausgestrahlt wird, oder als lokales und episodisches Beispiel die der Explosion einer Wasserstoffbombe). Die Menschheit muß es sich zur Aufgabe machen, einen direkten und kontrollierbaren Zugang zu dieser grundlegenden Energiequelle zu bekommen.

Zur Verwirklichung dieser Möglichkeiten ist die weltweite proletarische Revolution notwendig, die eine soziale Ordnung schaffen wird, in der die Produktion der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dient. Vor einem halben Jahrhundert, ca. 16 Jahre, bevor es Enrico Fermi gelang, die erste kontrollierbare Kernspaltung durchzuführen, sagte Leo Trotzki folgendes über die Kernenergie:

> „Das Atom birgt in sich eine mächtige Energie, und die größte Aufgabe der Physik besteht darin, diese Energie freizusetzen, gewissermaßen den Korken zu entfernen, damit diese verborgene Energie wie eine Fontäne hervorsprudeln kann. Dann wird sich die Möglichkeit eröffnen, Kohle und Öl durch Kernenergie zu ersetzen. Dies ist keineswegs eine hoffnungslose Aufgabe. Und welche Aussichten eröffnet sie! Dies allein gibt uns das Recht zu erklären, daß Wissenschaft und Technik sich einem entscheidenden Wendepunkt nähern, daß die revolutionäre Epoche in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft von einer revolutionären Epoche auf dem Gebiet der Erkenntnis der Materie und ihrer Beherrschung begleitet wird“ („Radio, Science, Technology and Society“, März 1926).

Die im Atomkern eingeschlossene Energie freizusetzen, hat sich als leichter zu erfüllende Aufgabe herausgestellt als die Errichtung der Diktatur des Proletariats auf Weltebene. Wir sehen uns einer ungeheuren Konzentration nuklearer Vernichtungswaffen in den Händen räuberischer Imperialisten gegenüber, die die Lösung der Krise der revolutionären Führung noch stärker in den Vordergrund rückt, und die die von Marx konstatierte Alternative, „Sozialismus oder Barbarei“, mit allem Nachdruck verdeutlicht.

Übersetzt aus: Workers Vanguard Nr. 146, 25. Februar

GEW...

Fortsetzung von Seite 24
Vorrangs der Bundessatzung mehr als die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit (79,8 Prozent). Nachdem der Berliner Landesverband sich bis zu diesem Zeitpunkt auf mehreren Versammlungen sehr energisch gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zur Wehr gesetzt hatte, haben sich nun die meisten Delegierten auf dieser Versammlung dem Diktat der stalinistischen Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) und der SPD gebeugt, die bereits begonnen hatten, einen neuen Spalterverband im DGB aufzubauen.

Mit der Übernahme des sogenannten Kompromißvorschlages, der die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in versteckter Form enthält, haben die Delegierten des Berliner Landesverbandes eindeutig eine antikommunistische Stoßrichtung in der Politik der GEW verankert und damit offensichtlich bereits vor der Aufgabe kapituliert, die zerstörte Einheit des Berliner Landesverbandes der GEW wiederherzustellen. Viele Delegierte werden sich drehen und wenden wollen, aber der Beschluß dieser Versammlung heißt nichts anderes als „Kommunisten raus! — Rein in den DGB! Egal um welchen Preis!"

Obwohl sich die linkssozialdemokratische- spontaneistische Linke mit ihrer hilflosen Konzeptionslosigkeit und ihrem grenzenlosen Opportunismus vor der DGB-Bürokratie zutiefst verneigt hat, ist es ihr nicht gelungen, die Einheit, selbst unter Anerkennung des Ausschlusses von Kommunisten und Gewerkschaftsmilitanten, zu erkaufen. In völliger Verkennung der politischen Intentionen der Gewerkschaftsbürokratie, der es einzig und allein darum ging, einen Lehrerverband unter der festen politischen Kontrolle der Sozialdemokratie zu haben, um ihre Rolle als Helfershelfer des bürgerlichen Staates (Unterstützung der Berufsverbote durch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse) effektiver spielen zu können, sowie um die bedingungslose Durchsetzung von Sparmaßnahmen in Form von Mehrarbeit durch die Lehrerschaft zu garantieren, ging die Mehrheit dieser Versammlung der sozialdemokratischen Demagogie auf den Leim und stimmte für die Säuberung der Gewerkschaft.

Nicht umsonst bedient sich die SPD solch „linker" Demagogen wie Kujawa und Co., die wohl gegen die von der Regierung praktizierten Berufsverbote zu kämpfen vorgeben, aber das entsprechende Pendant in der Gewerkschaft - die Unvereinbarkeitsbeschlüsse - akzeptieren, wenn es darum geht, die sozialdemokratische Kontrolle über die Gewerkschaften *um jeden Preis* zu sichern. Tatsächlich benutzt jedoch die Bourgeoisie die von der Sozialdemokratie geführten Organisationen fortwährend, um ihre Interessen durchzusetzen.

So hat die Berliner SPD auch ausgesprochen beunruhigt reagiert, als es im September 1974 darum ging, die Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst auch für die Lehrer zu übernehmen. In diesem Falle trat die GEW aufgrund des Drucks der Basis den Sparmaßnahmen des Senats zunächst ausgesprochen militant entgegen. Sie mußte eine Urabstimmung für einen Streik (in der allerdings die notwendige Mehrheit nicht erreicht wurde) durchführen. Die Kontrolle der SPD in einem eventuell entstehenden Arbeitskampf wäre nicht sicher gewesen. Die nationale GEW-Bürokratie aber wünschte einen bedingungslos verläßlichen, unter ihrer Ägide stehenden Berliner Landesverband. So stellte die Weigerung des Berliner Landesverbandes der GEW, die Bundessatzung mit den Antikommunistenklauseln zu übernehmen, für Frister einen geeigneten Vorwand dar, den Berliner Landesverband zu spalten und eine neue, noch enger an den Staat gebundene Lehrergewerkschaft aus der Taufe zu heben.

Gegen haltlosen Opportunismus — Für eine kommunistische Gewerkschaftsarbeit!

Die Gruppe Internationale Marxisten (GIM), eine sich fälschlicherweise auf den Trotzkismus berufende Organisation, unterschätzte in ihrer Zeitung *was tun* (Nr. 135, 2. Dezember 1976) recht kläglich das Vorgehen der Gewerkschaftsbürokratie, als sie dort prognostizierte, daß es zu erwarten sei, daß der „Ausschluß nach einigem Hin und Her mit den sogenannten Vorbehalten, zurückgenommen wird und daß Frister diese wie in Hamburg für sich interpretieren wird." Ohne eine Alternative zu weisen, verkennt sie den politischen Charakter der Spaltung und propagiert, in gutgläubiger Haltung gegenüber der Bürokratie, den Kampf ganz einfach von neuem zu beginnen. Sie verschließt die Augen vor der unversöhnlichen Vorgehensweise der Agentur der Bourgeoisie in der GEW und läßt die Gewerkschaft dem weiteren Verfall entgegentreiben.

Dabei hebt sie in ihrer Zeitung noch in widersprüchlicher (typisch zentristischer) Weise hervor, „für den Erhalt der alten relativ demokratischen Strukturen der Berliner GEW einzutreten" (ebenda), obwohl sie in demselben Artikel vollkommen korrekt den undemokratischen Charakter dieser Gewerkschaft darstellt. „Sechs von sieben stattgefundenen Bezirksmitgliederversammlungen, darüberhinaus mehrere Fachgruppen, nahmen eindeutig Stellung gegen Frister mit seiner Bundessatzung und seinen Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Nicht so der ‚linke' Berliner GEW-Vorstand unter der SPD-lerin Kujawa und SEW (Berliner DKP)." Diese Strukturen dienen eindeutig den Machenschaften von Frister und Co. Das sind für uns keine verteidigenswerten, „relativ demokratischen Strukturen", sondern typische Formen eines bürokratischen Regimes, die wir stets auf das Schärfste bekämpfen werden! Die Genossen einer Fraktion der TLD dagegen würden in vorderster Front mit den militantesten Kollegen gegen die Liquidierung der GEW Berlin kämpfen, wobei wir uns

ebenso kompromißlos gegen das dortige bürokratische Regime, wie auch gegen die Absicht von Frister und Stange (Schatzmeister der „alten“ GEW und Vorsitzender des Spalterverbandes) wenden würden, mit der Spalter-GEW eine vollkommen dem Staat ergebene Gewerkschaft aus dem Boden zu stampfen, die allen oppositionellen Elementen und Gruppierungen von vornherein den Zugang verwehren soll.

Dabei müssen wir gleichzeitig klar erkennen, daß die Spalter-GEW von Stange und Frister nicht mehr nur ein Sammelbecken für bürokratische Elemente ist, sondern inzwischen auch einen wachsenden Zulauf unter den Kollegen verzeichnen kann. Abgesehen von der prinzipiellen Notwendigkeit für Kommunisten, in allen Massenorganisationen der Arbeiterbewegung zu arbeiten, konnte man zudem spätestens auf ihrer Mitgliederversammlung Anfang März feststellen, daß in dieser Spaltergewerkschaft ebenfalls Kämpfe stattfinden, die es erforderlich machen, auch dort eine revolutionäre Perspektive hineinzutragen. Auf dieser Versammlung wurde z. B. ein Antrag angenommen, der sich explizit gegen einen Stange- Entwurf wendet, und in dem gefordert wird, die Bundesdelegierten auf der Vertreterversammlung zu wählen, anstatt sie, wie von Stange geplant, vom Vorstand einsetzen zu lassen.

Im Falle der GEW in Berlin ergibt sich eine Situation, wo nach der reaktionären Spaltung beide Gewerkschaften gleichermaßen eine antikommunistische Orientierung eingeschlagen haben, die sich nur graduell unterscheidet. Von daher ergäbe sich für unsere Organisation nur die Perspektive, *in beiden Verbänden für eine vereinigte Lehrergewerkschaft im DGB ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu kämpfen.* Wir stehen in der Tradition der Politik der Leninschen Kommunistischen Internationale, die in dieser Frage auf dem IV. Weltkongreß in den „Richtlinien für die kommunistische Aktion in den Gewerkschaften“ folgendermaßen kodifiziert wurde:

„Keine einzige reformistische Gewerkschaft soll des kommunistischen Gärungsstoffes beraubt werden. Eine tatkräftige Arbeit der Kommunisten in beiden Organisationen ist eine Vorbedingung der Wiederherstellung der zerstörten Einheit.“ Jedoch übersehen wir nicht die *konjunkturelle* Gelegenheit, die sich für eine harte kommunistische Intervention in der GEW Berlin aufgrund der dort vorhandenen Unstabilität und Ratlosigkeit, aber auch wegen ihrer quantitativ „linkeren“ Schattierung bietet.

Die außerordentliche Landesvertreterversammlung der GEW Berlin vom 23. Februar: Eine Perspektive für die Bürokratie

Nachdem breite Teile der GEW Berlin vor den Manövern der Gewerkschaftsbürokratie kapituliert haben und die Klassenorgane der Bourgeoisie (die Gerichte) in die Auseinandersetzung einbezogen hatten, war jeder eigenständige Kampf durch diesen Kotau vor der bürgerlichen Klassenjustiz massiv behindert. Das Gericht bewies jedoch - allen reformistischen Illusionen zum Trotz - Klassenbewußtsein und gab damit denjenigen Recht, zu deren Diensten es geschaffen wurde, nämlich der Bourgeoisie und deren Agentur in der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftsbürokratie.

Erst als zwei Tage vor der außerordentlichen Vertreterversammlung das Kammergericht in Westberlin die von zwei GEW-Mitgliedern erwirkte einstweilige Verfügung aufhob, die Frister den Aufbau eines Spalterverbandes verbieten sollte, mußte die Versammlung sich nun in aller Eile entscheiden, wie eine künftige GEW-Politik aussehen sollte. Daß keine Gruppierung eine alternative Politik vorweisen und damit dieser Versammlung eine politische Führungsalternative vor schlagen konnte, nachdem die alte Führung von Kujawa und Co. den Saal verlassen hatte, markiert den Bankrott aller in der GEW agierenden vorgeblich revolutionären Organisationen.

Die GIM hat selbst zur Entwaffnung der GEW beigetragen, denn sie schrieb in ihrem Flugblatt noch einen Tag vor dieser Versammlung, daß es ihr lediglich darum ginge, davor zu warnen, die „Klage gegen Frister zur Hauptsache zu machen“ (Zitat aus *Arbeit erkämpf* Nr. 100, 7. März), also unter dem Druck der gegebenen Verhältnisse die Intervention des bürgerlichen Staates durch seine Gerichte sehr wohl akzeptiert - nur daß man die Klassenkollaboration eben nicht zur Hauptsache machen sollte!

Als Perspektive gibt sie in der *was tun* Nr. 148 (3. Februar) an:„„ .die bisherige Linie einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik beizubehalten und auszuweiten...“. In der Einleitung desselben Artikels heißt es dazu:“Damit stellt sich die Aufgabe, in der alten GEW Berlin eine an den Interessen der Kolleginnen und Kollegen orientierte Gewerkschaftspolitik zu betreiben, die den Fristerschen Spalterverband von vornherein das Wasser abgräbt... „. Genossen, spätestens mit der Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse hat die Gewerkschaftspolitik aufgehört, in irgend einer Weise „klassenkämpferisch“ zu sein. Durch welche Politik wollt Ihr also dem Fristerschen Spalterverband das Wasser abgraben - mit der Bundessatzung samt Unvereinbarkeitsbeschlüssen und mit einem bürokratischen Regime innerhalb der GEW?

Die maoistische Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und die Bund sozialistischer Lehrer und Erzieher (BsLE)-Initiative begrüßen in ihren Publikationen die Einschaltung der Gerichte. Auch auf Gewerkschaftsversammlungen machen die Vertreter dieser Organisationen aus ihrer klassenkollaborationistischen Gesinnung keinen Hehl und sprechen sich für die Intervention bürgerlicher Gerichte in die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen aus.

Die Erklärung der BsLE-Initiative zur Situation in der GEW Berlin vom 25. Februar stellt zunächst ganz richtig fest, daß bereits am 23. November letzten Jahres „die Bundessatzung, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und damit die Entrechtung der Mitglieder auch in der GEW Berlin zunächst übernommen wurde“, gelangt dann aber zu der Schlußfolgerung, daß der Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse vorangetrieben worden sei! Vollkommen perspektivlos ordnen sich KPD und BsLE-Initiative dem neuen Vorstand unter, jammernd darüber, daß ein Teil des neuen „neutralen“ Vorstandes für die Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gestimmt hat!

Der Kommunistische Bund (KB) ist in der Frage der Anrufung des bürgerlichen Gerichts sehr ehrlich und stellt sich offen auf die Seite der Kläger und hält eine „Atempause“, die durch die Klage erreicht wurde, schon für erfolgreich. Für diese Genossen ist damit die schleichende Liquidierung der GEW schon ein Erfolg!

Der KBW betreibt eine besondere Variante des Opportunismus. In der „Erklärung: Fraktion des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands in der GEW Westberlin“ bringt diese Organisation es in ihrem unbekümmerten Reformismus fertig, weder die Berufsverbote noch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu erwähnen! Er lenkt die Kollegen von der verschärften Repression der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterbewegung ab, die momentan sogar die Illegalisierung des KBW selbst ins Auge faßt. Der KBW ignoriert die politische Repression und beschränkt sich in seiner Fraktionserklärung lediglich auf ökonomische Fragen, wie Besoldungsrückstufungen, Verpflichtungen zur Mehrarbeit, Einführung des Teilzeitlehrer-Programms etc.

Als Ausweg propagiert der KBW immer noch eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung, um gegen die Spaltung der GEW in Berlin zu kämpfen. Aber auch diese Perspektive erwies sich als derart begrenzt, daß selbst die KBW-Fraktion auf der außerordentlichen Vertreterversammlung nicht für diese Forderung eintrat. Wir haben vor den Illusionen, die der KBW mit dieser Forderung verbindet, schon in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 16 (Dezember 1976) vollkommen zurecht gewarnt:

> „Der KBW sprach sich zwar gegen die Intervention des bürgerlichen Staates aus, beschränkte seine Perspektive aber darauf, sich auf die Bundesvertreterversammlung (dessen Vertreter zu einem nicht unerheblichen Teil nicht gewählt, sondern von den Bürokraten *eingesetzt* werden) zu konzentrieren, um dort den Meinungskampf zu fuhren.“

Obwohl diese Stoßrichtung wegen der von uns eben genannten Gründe so wenig aussichtsreich erscheint, wirft der KBW vor aller Öffentlichkeit (vollkommen berechtigt) seinen eigenen Fraktionsmitgliedern Opportunismus vor. Er schreibt in der *Kommunistischen Volkszeitung* Nr. 10/1977: „Sie setzten auf Versöhnung mit dem Opportunismus und verhielten sich selbst opportunistisch.“ Offener kann eine Organisation ihren Bankrott nicht zur Schau stellen.

Statt prinzipienloser Manöver — Für eine kommunistische Gewerkschaftsführung

Anstatt mit dem Mittel des Klassenkampfes gegen Spaltung und Unvereinbarkeitsbeschlüsse vorzugehen, entschieden sich einige Kollegen, Klage zu erheben, um durch Gerichtsbeschluß Frister zu verbieten, einen Spalterverband zu gründen. Hoffen wir, daß so manchem Gewerkschafter durch die wahrscheinlich erfolgreiche Klage von Frister gegen die GEW Berlin (der dieser das Recht auf den Namen GEW abspricht), der Klassencharakter bürgerlicher Justiz klarer wird. Es gibt weder eine „gerechte“, noch eine „ungerechte“ Einschaltung bürgerlicher Klassenorgane in die Belange der Arbeiterbewegung. Bürgerliche Klassenjustiz hat in den Angelegenheiten von Arbeiterorganisationen niemals etwas zu suchen!

Die meisten politischen Strömungen kapitulierten vor diesem staatlichen Eingriff in die Arbeiterbewegung oder unterstützten ihn offen. Der damit verbundene Bankrott war so tiefgehend, daß auf der Landesvertreterversammlung am 23. Februar in aller Eile ein Vorstand (dessen Mitglieder von der GIM lobend mit dem Prädikat .langjährige Erfahrungen in der gewerkschaftlichen Arbeit' bedacht wurden — vergl. *was tun* Nr. 148) „kommissarisch“ eingesetzt wurde, dessen Nichtzugehörigkeit zu einer politischen Organisation, also dessen „Neutralität“ zur Vorbedingung seiner Wahl gemacht wurde! Kommunisten hätten unter den Losungen *Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen! Für eine vereinigte Lehrergewerkschaft mit voller Arbeiterdemokratie im DGB!* eine militante Kampagne geführt. Unter diesen Losungen hätte auch der Versuch gemacht werden müssen, der Spalter-GEW Fusionsverhandlungen aufzudrängen.

Der Kampf um die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat ist *untrennbar* verbunden mit dem Kampf für eine revolutionäre Führung in den Gewerkschaften. Nur das trotzkistische Übergangsprogramm, basierend auf der revolutionären Arbeit der Kommunistischen Internationale unter Lenin, kann durch seine unversöhnliche Gegnerschaft gegenüber der bürgerlichen Macht und seinem entschiedenen Eintreten für die Herrschaft der Arbeiterklasse die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat garantieren.

Die vorgeblich revolutionären Kräfte in der GEW haben sich als unfähig erwiesen, der Bürokratie eine Alternative entgegenzustellen. Anstatt die Chance zu nutzen, für eine klassenkämpferische, vom bürgerlichen Staat unabhängige Gewerkschaft zu kämpfen, trotten sie nur einem anderen, vermeintlich progressiveren Flügel der Bürokratie hinterher. Wieweit die GEW Berlin von einer proletarischen Politik, insbesondere angesichts ihres „neutralen“ Vorstandes, entfernt ist, machen die oben schon erwähnten „Richtlinien zur kommunistischen Aktion in den Gewerkschaften“ sehr deutlich:

> „Die Neutralität ist immer eine rein bürgerliche Lehre gewesen, gegen welche der revolutionäre Marxismus einen entschiedenen Kampf fuhrt. Gewerkschaften, die sich keine Klassenziele stecken, d. h. die nicht den Sturz des kapitalistischen Systems ins Auge fassen, sind trotz ihrer proletarischen Zusammensetzung die besten Verteidiger der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. .. .Dieser Kampf gegen die „Politik“ und die politischen Parteien der Arbeiterklasse bringt einen Rückgang der Arbeiterbewegung und der Arbeiterorganisationen hervor, ebenso wie einen Feldzug gegen den Kommunismus, den konzentriertesten Ausdruck des Klassenbewußtseins des Proletariats“ (.*Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale,* 1923). €

Kommunistische Korrespondenz



Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Für eine vereinigte, klassenkämpferische GEW im DGB!

Der Zerstörungsprozeß des Berliner Landesverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist eine der hervorstechendsten Entwicklungen in der Geschichte der Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland seit der Spaltung in den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) nach dem Zweiten Weltkrieg. Für uns Trotzkisten ist es deshalb von außerordentlicher Bedeutung, die Stärke und Ausformung der in diesem Prozeß auftretenden Klassenkräfte zu analysieren und dieses Ereignis zu einem Prüfstein revolutionärer Gewerkschaftstaktik zu machen.

In der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 16 (Dezember 1976) schrieben wir, daß sich die bundesrepublikanische Situation durch eine allgemeine Entwicklung nach rechts charakterisieren läßt. Wir müssen heute hinzufugen, daß sich dieser Trend in erheblicher Weise verschärft hat, wobei die Vorgänge um die Abhöraffäre im Stammheimer Prozeß und die dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) angedrohte Illegalisierung deutliche Anzeichen dafür sind, daß die konservativsten Kräfte der Bourgeoisie immer mehr an Boden gewinnen.

Ebenso wie die Bourgeoisie selbst, ist auch in den letzten Jahren deren Agentur innerhalb der Gewerkschaften, die SPD-Bürokratie, nicht müßig gewesen, sondern im Gegenteil darangegangen, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in fast sämtlichen Einzelgewerkschaften des DGB durchzupeitschen. Diese Antikommunistenklausel wendet sich sowohl gegen oppositionelle Gewerkschaftsmilitante als auch gegen oppositionelle Bestrebungen stalinistischer und vorgeblich revolutionärer Organisationen, sowie gegen die Trotzkisten selbst. Obwohl keine der maoistischen oder vorgeblich trotzkistischen Gruppen über ein revolutionäres Programm verfügt, sind sie als organisierte politische Strömung der Arbeiterbewegung von den Antikommunistenklauseln betroffen. Denn bei der Durchführung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, bei dem Verbot von Fraktionen, geht es der Bürokratie darum, jede freie Meinungsäußerung, jede organisierte Opposition zu ersticken, um die Gewerkschaften noch enger an den bürgerlichen Staat zu ketten. Sie sind auch nicht gewillt, sich Macht und Privilegien mit eventuell aufkommenden rivalisierenden Bürokratien zu teilen.

Bei der aktuellen Auseinandersetzung ist die Stellung zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen, d. h. deren Befürwortung oder Ablehnung von entscheidender Bedeutung. Die Spaltung der GEW durch Fristers Bürokratie mußte als besonders effektives Mittel zur Säuberung oppositioneller Elemente von Kommunisten entschieden bekämpft werden. Seitdem jedoch die neue als auch die alte GEW diese Klausel anerkannt haben, gibt es keinen *qualitativen* Unterschied in der Bewertung beider Organisationen mehr. Beide Gewerkschaften haben das Prinzip des Ausschlusses von Kommunisten und anderen Linksoppositionellen akzeptiert. Lediglich Weg und Zeitpunkt zur Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse waren verschieden. Während die Spalter-GEW nach dem 25. August letzten Jahres bereits auf der Grundlage der Anerkennung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse rekrutierte, enschlossen sich die neulinken- spontaneistischen Kräfte in der GEW dazu erst auf der Versammlung am 22-/23. November. Beide Organisationen kommen jedoch zu ein und derselben Schlußfolgerung — der verstärkten Integration der Gewerkschaften in den bürgerlichen Staat mittels antikommunistischer Hexenjagd. Nichtsdestoweniger hätte eine TLD-Gewerkschaftsfraktion gegen die Liquidierung der „alten" GEW gestimmt, um Frister sein schmutziges Spaltergeschäft zu erschweren.

Durch die Verschärfung der Repression des bürgerlichen Staates und der Komplizenschaft der reformistischen Gewerkschaftsführung sowie durch die bankrotte Politik der in der GEW agierenden oppositionellen Kräfte, ist die GEW in Berlin in einen Trümmerhaufen verwandelt worden. In den tatsächlichen Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Staat ist diesem niemals ernsthafter Widerstand entgegengesetzt worden, um die elementarsten Rechte und Interessen der Lehrer und der Arbeiterklasse zu verteidigen. Immer mehr Kollegen ziehen sich von der aktiven Gewerkschaftspolitik zurück, enttäuscht von der Unfähigkeit der von Reformisten geführten Gewerkschaft, ihre Interessen zu vertreten. Nur die Perspektive des politischen Kampfes gegen *alle* Flügel der Bürokratie hätte dieser Demoralisierung Einhalt gebieten können.

SPD und SEW spalten die GEW in Berlin im Interesse der Bourgeoisie

Auf der Landesvertretervollversammlung am *22./23.* November 1976 findet der Antrag für die Übernahme des

Fortgesetzt auf Seite 21